



Parlamentssitzung 14. März 2016

Protokoll

Schloss Köniz, Rosstall
19.00 – 21.40 Uhr

Vorsitz Markus Willi (SP)

Anwesend Elena Ackermann (JGK)
Christina Aebischer (Grüne)
Annemarie Berlinger-Staub (SP)
Adrian Burkhalter (SVP)
Vanda Descombes (SP)
Heidi Eberhard (FDP)
Anton Eder (CVP)
Thomas Frey (BDP)
Katharina Gilgen-Studer (SVP)
Fritz Hänni (SVP)
Erica Kobel-Itten (FDP)
Hanspeter Kohler (FDP)
Hans Ulrich Kropf (BDP)
Andreas Lanz (BDP)
Bernhard Lauper (SVP)
Mike Lauper (SVP)
Stefan Lehmann (SVP)
Ruedi Lüthi (SP)
Thomas Marti (GLP)

Anita Moser Herren (FDP)
Heinz Nacht (SVP)
Katja Niederhauser-Streiff (EVP)
Christoph Nydegger (SVP)
Hansueli Pestalozzi (Grüne)
Mathias Rickli (Grüne)
Christian Roth (SP)
Stephan Rudolf (BDP)
Elisabeth Rüeeggesser (SVP)
Christoph Salzmann (SP)
Bruno Schmucki (SP)
Hugo Staub (SP)
Stephie Staub-Muheim (SP)
Barbara Thür (GLP)
Werner Thut (SP)
Casimir von Arx (GLP)
Iris Widmer (Grüne)
Bernhard Zaugg (EVP)

Entschuldigt Beat Haari (FDP)

Ulrich Witschi (BDP)

Gemeinderat Ueli Studer (SVP), Gemeindepräsi-
dent
Rita Haudenschild (Grüne), Vizeprä-
sidentin

Thomas Brönnimann (GLP)
Katrin Sedlmayer (SP)
Urs Wilk (FDP)

Sekretärin Verena Remund

Protokoll Ruth Spahr

Inhaltsverzeichnis

1. Protokoll der Parlamentssitzung vom 15. Februar 2016.....	37
2. Kommissionsersatzwahlen.....	37
3. Zone mit Planungspflicht (ZPP) Thomasweg/Stationsstrasse: Änderung baurechtliche Grundordnung und Aufhebung Alignementsplanabänderung „Stationsstrasse – Könizstrasse“	37
4. Niederwangen, Landorfstrasse - Kreisel Komturenstrasse	42
5. Synthese des Energiekonzepts Köniz 2025.....	48
6. 1219 Motion (SP Köniz) "Stromgelder zur erfolgreichen Umsetzung der Energiestrategie 2010 - 2035 der Gemeinde Köniz"	52
7. Verschiedenes.....	53

Begrüssung

Parlamentspräsident Markus Willi: Ich begrüsse alle Anwesenden herzlich zur 3. Parlamentssitzung 2016.

Es sind 38 Parlamentsmitglieder anwesend. Das Parlament ist somit beschlussfähig.

Mitteilungen

Parlamentspräsident Markus Willi: Heute muss ich Ihnen drei Rücktritte aus dem Parlament bekanntgeben:

„Rücktritt aus dem Gemeindeparlament. Werter Parlamentspräsident, werte Parlamentarierinnen und Parlamentarier. Infolge eines Wohnortwechsels werden meine Familie und ich die Gemeinde Köniz verlassen. Wir haben die Möglichkeit erhalten, ausserhalb der Gemeinde ein Haus zu mieten und eventuell zu einem späteren Zeitpunkt zu kaufen. Dies hat uns für einen Wegzug aus der Gemeinde Köniz bewogen. Aus diesem Grund trete ich per 30. April 2016 aus dem Parlament, wie aus der GPK zurück. Aus der Zeit im Parlament konnte ich viele wertvolle Erfahrungen sammeln, neue Kontakte knüpfen und vieles dazu lernen. Es war eine tolle Zeit, welche ich nicht missen möchte. Für die Zukunft wünsche ich allen Parlamentsmitgliedern viel Erfolg und alles Gute. Freundliche Grüsse, Christoph Nydegger.“

Das Rücktrittsgesuch von Christoph Nydegger erfolgte kurzfristig, er tritt jedoch erst Ende April zurück, ist also an der nächsten Parlamentssitzung noch dabei. Der Fraktionspräsident der SVP wünscht, dass die Verabschiedung an der Parlamentssitzung vom 25. April 2016 erfolgt. Deshalb erfolgt hier keine Laudatio.

Ich fahre mit dem zweiten Rücktritt fort: „Rücktritt von Stephe Staub-Muheim aus dem Könizer Parlament per Ende März 2016. Lieber Parlamentspräsident, liebe Ratsmitglieder, lieber Gemeinderat, liebes Vreni, eine lange Ära geht heute für mich zu Ende. Im Jahr 2002 war ich an der angefangenen Legislatur nachgerutscht. Rebekka Krebs, eine junge JUSO, war ins Ausland gezogen und hatte so den Platz für mich freigemacht. Mit viel Herzblut und Engagement habe ich mich für das Wohl und die Interessen der Könizer Bevölkerung eingesetzt. Es war nicht immer einfach, die Ruhe zu bewahren, denn viele Abstimmungen sind jeweils knapp ausgefallen. Mit einer Stimme zu wenig einen Vorstoss zu verlieren hat immer wehgetan, so beispielsweise an meinem Geburtstag 2009, als ich bei der Abstimmung zur Schaffung eines Spielplatzkonzepts knapp unterlag. Trotz Apfel am Sitzplatz und Aufforderung, ein Herz für Kinder zu haben. „Once you lose, once you win“, war meine Devise in solchen Situationen. Schön war dann aber zu sehen, dass auch ohne formellen parlamentarischen Auftrag die Spielplätze unserer Gemeinde nach und nach renoviert oder sogar – wie der Buchsee-Spielplatz – neu gebaut und mit einem Fest eingeweiht wurden. Der Vorstoss zusammen mit Elsbeth Troxler, „Schulschwimmen obligatorisch“, wurde fast einstimmig angenommen. Beim Renovationskredit für das Lernschwimmbecken Niederwangen brauchte es aber viel Überzeugungsarbeit, sogar eine Begehung vor Ort mit den damaligen GPK-Mitgliedern. Im Parlament gab es dann nochmals heftige Diskussionen, die in einem kräftigen Ja endeten. Seit 2013 können die Könizer Kinder im eigenen Lernschwimmbecken ihre Lektionen geniessen. Exekutive und Legislative vertreten nicht immer die gleichen Ziele, deshalb gab es auch Momente, da wäre ich lieber parteilos dastand. Beispielsweise beim Kampf um den Standort der Haltestelle Mösliweg, als ich mich für die Quartierbewohner und gegen die Direktion der eigenen Gemeinderätin einsetzte. In solchen Fällen politisierte ich immer nach dem Grundsatz „ich wurde vom Volk gewählt und vertritt seine Anliegen“. Die Arbeit im Parlament, in der GPK und in den zahlreichen Kommissionen hat mir viel gebracht und zu vielen interessanten Begegnungen geführt. Etwas befremdend empfinde ich die Art, wie das E-Parlament gelebt wird. Wer sich die Parlamentsunterlagen per Download selber beschafft und nicht in gedruckter Form zuschicken lässt, erhält einen Bonus von 100 Franken pro Jahr. Damit wurde das elektronische Holprinzip gleich zum Standard erklärt. Ob aber der elektronische Text ebenso aufmerksam gelesen wird und jederzeit verfügbar ist, wie die Berichte in Papierform, das bezweifle ich. Aber dies ist vielleicht ein Generationenproblem. Gerne hätte ich noch in der Kommission zum Abgangsreglement mitgearbeitet, denn die Frage wie viel Abgangsentschädigung die zurücktretenden Gemeinderäte in Zukunft erhalten werden und bei wem gespart wird, hätte mich brennend interessiert. Das Legislaturziel „Könizer Volksfest“ wurde bereits weggespart und wer abstimmen will, muss sein Retourcouvert frankieren, auch liegt eine Steuererhöhung in der Luft, etc. Wären die gleichen Leute bereit gewesen, bei sich zu sparen, auf eine zusätzliche Entschädigung zu verzichten oder gar zugunsten der Bevölkerung auf eine Leistung zu verzichten?

Wahrscheinlich wäre ich, wie bei der Beratung des Pensionskassenreglements, mit meinen Ansichten und Anträgen in der Minderheit geblieben. Deshalb ist es Zeit zu entstauben, Platz für Jüngere zu machen. Diese sollen getreu den sozialdemokratischen Grundsätzen sich für die minderbegüterten und einfachen Bevölkerungsschichten einsetzen. Dem jetzigen Parlament wünsche ich weiterhin erfolgreiche und faire Diskussionen mit guten Ergebnissen zugunsten der Könizer Bevölkerung. Ich danke auch Euch, der Fraktion, dem Gemeinderat und der Verwaltung für die stets gute und respektvolle Zusammenarbeit. Stephanie Staub-Muheim.“

Annemarie Berlinger-Staub (SP): Ich lege zuerst offen, dass ich mit Stephanie Staub weder verwandt noch verschwägert bin. Trotzdem scheint es mir so, als würde ich ein Familienmitglied verabschieden. Über all die Jahre kann auch eine Fraktion so etwas wie eine Familie werden. Stephanie Staub-Muheim war lange Fraktionsmitglied der SP-Fraktion und sollte ich das eine oder andere aus diese langen Zeit vergessen, bitte ich um Verzeihung.

Wer aus der Bevölkerung Stephanie auf seiner Seite weiss, hat eine Kämpferin auf seiner Seite. Wie vorhin gehört: Zu den Themen Lernschwimmbecken Niederwangen, Schulschwimmen, Landorfstrasse, konnte man Stephanie in voller Aktion erleben, zum Teil sogar mit einer Schwimnmudel am Mikrofon vorne. Immer hat Stephanie gekämpft, manchmal waren wir innerhalb der Fraktion nicht ganz einig mit ihr. Wir bewundern aber noch heute den Biss und die Hartnäckigkeit von Stephanie. Sie war manches Jahr Mitglied der GPK und vieler anderer Kommissionen. In der Schulkommission war Stephanie Staub ein bekanntes Mitglied und vertrat die Sorgen und Nöte der Schule. Wenn es darum ging, jemandem zu danken, war Stephanie immer die erste. Die Verwaltung und der Gemeinderat haben manches Merci von Stephanie hören dürfen und das ist nicht selbstverständlich in der Politik; viel einfacher ist es doch zu kritisieren. Es gäbe noch viel aufzuzählen, wie dies so ist bei langjährigen Parlamentsmitgliedern. Wir sind von Stephanie reich beschenkt und gepflegt worden. Ich habe notiert: „So manches Schoggistengeli von Stephanie hat uns die langen Sitzungen versüsst“. Und, was liegt auf Ihren Pulten? Das war nicht abgesprochen. Ich danke Stephanie herzlich. Sie erhält heute einen ersten Blumenstrauss, der den Beginn eines Blumenstrauss-Abonnements aufzeigen soll. Stephanie wird jeweils an den „Parlaments-Montagen“ im 2016 in der Heilsarmee-Gärtnerei einen Blumenstrauss abholen dürfen. Dies, damit sie uns nicht allzu schnell vergisst. Stephanie: Herzlichen Dank. (*Applaus*)

Parlamentspräsident Markus Willi: Ich komme zum dritten Rücktritt: „Willst du dein Land verändern, verändere deine Stadt. Willst du deine Stadt verändern, verändere dein Strasse. Willst du deine Strasse verändern, verändere dein Haus. Willst du dein Haus verändern, verändere dich selbst. Lieber Parlamentspräsident, liebe Kolleginnen und Kollegen. Dieses arabische Sprichwort passt sehr gut zu einem Rücktrittsschreiben aus dem Parlament, denn der Wunsch etwas verändern zu wollen, ist für uns alle ein zentrales Motiv für das politische Engagement. Nach beinahe 14 Jahren im Parlament verändere ich mich selber und gebe meinen Rücktritt auf Ende März 2016 bekannt. Ich möchte Euch allen herzlich für die spannenden Jahre danken, ganz besonders der Fraktion; dort habe ich Politik gesucht und Freundinnen und Freunde gefunden. Die spannendsten Sitzungen waren für mich jene mit Sitzungsunterbrüchen. Sie deuteten oft daraufhin, dass jemand bereit ist, seine unter Gleichgesinnten gefasste Meinung zu ändern. Das sind Schlüsselmomente, die sich von der parlamentarischen Routine abheben. Ich wünsche Euch weiterhin spannende Debatten mit mehr Sitzungsunterbrüchen. Habt öfters mal den Mut, die dritte und die letzte Zeile des Sprichworts direkt zu verbinden: Willst du deine Stadt verändern, verändere dich selbst. Der Gemeinderat ist mitgemeint, eineinhalb Jahre vor den Wahlen wäre immer noch ein guter Zeitpunkt. Hugo Staub. Im Anschluss an die heutige Sitzung seid ihr alle herzlich zu einem Umtrunk eingeladen.“

Annemarie Berlinger-Staub (SP): Ich muss leider weiterfahren mit Verabschieden, was ich jedoch nicht gerne tue, lieber Hugo. Die Nichtverwandschaft gilt auch hier und doch ist es wieder so, dass wir von einem Fast-Familienmitglied Abschied nehmen müssen. In den letzten 14 Jahren ist man an Hugo Staub im Könizer Parlament fast nicht vorbeigekommen. Sei es als Mitglied von Kommissionen, wie beispielsweise die berühmte Kommission „K2000“ oder in den letzten vier Jahren die Finanzkommission, die er während zwei Jahren präsidierte. Hugo Staub präsidierte aber auch die SP-Fraktion während vieler Jahre. Die langen Jahre als Fraktionspräsident haben der SP-Fraktion gut getan. Hugo Staub hat uns mit Ruhe und der nötigen Strenge geführt. Aber auch das Gesellige kam nicht zu kurz. Einmal wanderte die SP-Fraktion durch die Berner Unterwelt, das betraf nicht etwa die Verbrecherkreise, sondern wir durften durch die alten Kanalisationen gehen. Die Jahre waren politisch bewegte. Die Kandidatur für das Gemeindepräsidium 2013 gelang nicht, leider, das betone ich hier ganz klar.

Hugo Staub wäre jedoch nicht sich selber, wenn das heute noch ein Thema wäre, denn er denkt vorwärts und das zeichnet ihn am meisten aus. Stets schwingt bei Hugo Staub eine Prise Humor mit, manchmal sogar mehr als nur eine Prise, es können durchaus einige Hundert Gramm sein. Wenn man dann immer noch nicht „drauskommt“, verfügte man über kein Insiderwissen. Wir lachten viel.

Wir alle haben viel von Hugo Staub gelernt. In Verkehrsfragen und in Finanzen ist Hugo Staub unser Fachmann – ich sage bewusst nicht gewesen, denn wir werden weiterhin Fragen haben. Hugo Staub schafft es, mit zwei drei kleinen Fragen den Blick auf das Wesentliche zu lenken. Hugo hört zu und fasst einige Worte zusammen, mit denen er aufzeigt wo es weitergeht. Das klärende Schlusswort von Hugo Staub ist legendär in der SP-Fraktion. Wir danken Hugo Staub ganz herzlich für die viele Zeit. Mitwirken ist ihm wichtig. Die SP-Fraktion hat es für einmal zu ernst genommen mit Mitwirken, denn wir haben die Abschiedsgeschenk-Diskussion via E-Mail so geführt, dass Hugo Staub auch einbezogen war. Ich hoffe doch, dass ihn das Geschenk doch etwas überrascht und vor allem freut: Es handelt sich um einen Gutschein für Konzert Theater Bern, das mit dem Kubus auf dem Waisenhausplatz zurzeit neue Wege geht. Hugo soll seine Zeit als Zuschauer geniessen, was hinter den Kulissen geht, muss nicht immer bekannt sein. Wir wünschen ihm alles Gute. (*Applaus*)

Parlamentspräsident Markus Willi: Seit der letzten Sitzung durften Barbara Thür, Stefan Lehmann und Hanspeter Kohler Geburtstag feiern. Sie alle finden ein kleines Geschenk auf ihren Tischen.

Traktandenliste

Parlamentspräsident Markus Willi: Der Versand der Akten für die heutige Sitzung erfolgte am 18. Februar 2016. Das Protokoll wurde Ihnen mit Nachversand am 25. Februar 2016 zugestellt. Da keine Wahlen vorzunehmen sind, entfällt Traktandum 2, Kommissionsersatzwahlen.

Die Traktandenliste wird genehmigt.

1. **Protokoll der Parlamentssitzung vom 15. Februar 2016** (Nachversand)

Parlamentspräsident Markus Willi: Im Protokoll ist auf der Anwesenheitsliste anstelle von Katja Niederhauser-Streiff noch Hermann Gysel aufgeführt. Dieser Fehler ist in der Version auf der Website bereits korrigiert.

Das Protokoll der Parlamentssitzung vom 15. Februar 2016 wird genehmigt.

2. **Kommissionsersatzwahlen** (allfällige Akten: Nachversand)

Da keine Wahlen vorzunehmen sind, entfällt Traktandum 2.

3. **Zone mit Planungspflicht (ZPP) Thomasweg/Stationsstrasse: Änderung baurechtliche Grundordnung und Aufhebung Alignementsplanabänderung „Stationsstrasse – Könizstrasse“** Beschluss und Botschaft; Direktion Planung und Verkehr

Parlamentspräsident Markus Willi: Die Sitzungsakten, der Bericht und Antrag des Gemeinderats sowie die Abstimmungsbotschaft und der Stimmzettel, sind Ihnen mit dem Versand der Unterlagen für die Parlamentssitzung zugestellt worden. Das Vorgehen: Zuerst spricht der GPK-Referent, danach folgen die Fraktions- und Einzelvoten aus dem Parlament und zum Schluss folgt die Abstimmung.

Ich weise an dieser Stelle darauf hin, dass die Redaktionskommission die Seite mit den Pro- und Kontraargumenten aus der heutigen Parlamentssitzung verfassen wird. Sie haben die Möglichkeit, die heute geäusserten Argumente bis spätestens 1 Tag nach der Parlamentssitzung schriftlich an die Fachstelle Parlament abzugeben.

GPK-Referent Ruedi Lüthi (SP): Am 3. März 2016 besuchten Beat Haari und ich die die Direktion Planung und Verkehr. Wir wurden von Gemeinderätin Katrin Sedlmayer, vom Gemeindeplaner Stephan Felber und dem zuständigen Projektleiter empfangen. Das vorliegende Geschäft betrachten wir als gut vorbereitet und die Abstimmungsbotschaft ist sehr verständlich dargestellt. Herzlichen Dank an alle Personen, die an diesem Geschäft mitgearbeitet haben.

Die Stimmberechtigten entscheiden über die Änderung der baurechtlichen Grundordnung, die Zone mit Planungspflicht und die Aufhebung der Baulinien innerhalb des Areals.

Ich gehe vor allem auf die Erkenntnisse und Fragen anlässlich der GPK-Sitzung ein. Zuerst zu den Baulinien: Die Baulinien bilden die Gebäude am heutigen Standort ab, neue Gebäude müssten – ohne Aufhebung der bestehenden Baulinien – genauso wieder erstellt werden. Die Baulinien wären ohnehin mit der Revision der Ortsplanung angepasst worden. Die Testplanung verursachte der Gemeinde keine Kosten, da diese vollumfänglich durch den Grundeigentümer bezahlt worden sind. Der Grundeigentümer wird auch die Kosten für den Wettbewerb übernehmen. Das Ergebnis aus der Testplanung dient der Gemeinde auch zur Evaluation der notwendigen Anpassungen für die baurechtliche Grundordnung. Zu berücksichtigen ist jedoch, dass die Grundordnung keine Einschränkung auf den ausstehenden Wettbewerb haben wird. Bei der von der BLS eingereichten Rechtsverwahrung handelt es sich um eine Vorsichtsmassnahme. Sie beinhaltet lediglich den Hinweis, dass die bestehende Bahnlinie bereits heute Emissionen, d. h. Lärm, verursacht. Es handelt sich dabei um nichts Aussergewöhnliches, denn so wird in solchen Fällen stets vorgegangen.

Wieso erfolgt die Inkraftsetzung der ZPP nicht direkt nach dem Volksentscheid? Der Grund, dass der Gemeinderat den Zeitpunkt der Inkraftsetzung bestimmt, ist darauf zurückzuführen, dass der Genehmigungsprozess nach der Volksabstimmung noch weitergehen wird. Nach Ablauf der Beschwerdefrist – einen Monat nach der Publikation der genehmigten Vorlage im Anzeiger Region Bern – werden die Unterlagen dem Kanton zur Genehmigung eingereicht. Es handelt sich um ein qualitätssicherndes Verfahren; das bedeutet, dass die Realisierung durch Fachexperten begleitet wird und beispielsweise auch ein Architekturwettbewerb – offen oder im Einladungsverfahren - stattfinden wird. Eine Direktvergabe ist nicht möglich. Noch etwas in Bezug auf den Einfluss des von der Stimmbevölkerung abgelehnten Energieartikels: Der Grundeigentümer wird die Auflagen gleichwohl erfüllen, d. h. es werden höchstens 20 Prozent des Wärmebedarfs der Neubauten aus nicht erneuerbarer Energie stammen. Für den Grundeigentümer lohnt sich nachhaltiges Bauen, da er keine kurzfristige Investition vorsieht, sondern er plant langfristig. Auch dass nur 0,5 Parkplätze pro Wohnung vorgesehen sind, ist für den Grundeigentümer eine Investitionsfrage. Er ist der Meinung, dass es sich dabei langfristig um die beste Lösung handelt, weil die Gefahr besteht, dass Parkplätze nicht vermietet werden könnten oder nicht die notwendige Rendite erbringen.

Zu den vorgesehenen Flachdächern: Ziffer 3.2 der ZPP sieht vor, dass im ganzen Perimeter für die Hauptbauten nur Flachdächer zulässig sind. In der Testplanung stellte sich heraus, dass damit die grösste Nutzfläche erzielt werden kann. Der Grundeigentümer sieht auch keine andere Lösung im Vordergrund und verzichtet auf andere Möglichkeiten.

Preisgünstiges Bauen: Mit Ziffer 3.1 der ZPP soll „durch ein Zusammenwirken verschiedener Grundrisstypologien eine Überbauung mit unterschiedlichen Wohnformen und Ausbaustandards“ ermöglicht werden. Dafür werden kleinere Wohneinheiten geplant, deren Ausbaustandard weniger luxuriös sein wird. Der Gemeinderat ist deshalb der Meinung, dass es sich erübrigt, eine verbindliche Quote für gemeinnützigen Wohnungsbau festzulegen, womit auch kein Verwaltungsaufwand für die Kontrolle entsteht.

Zur Anzahl Wohnungen: Es ist keine feste Anzahl Wohnungen vorgegeben, sondern ein „Nutzungsmass“. Heute bestehen 142 Wohnungen. Die neue Überbauung wird 266 Wohnungen beinhalten. Die Fläche der Wohnungen bewegt sich zwischen 55 m² und 105 m². Das ist relativ wenig im Vergleich zu anderen Neubauten.

Zur Mehrwertabschöpfung: Dazu liegt ein Fachgutachten vor, das von der GPK eingesehen werden konnte. Für die GPK-Mitglieder sind die darin enthaltenen Erläuterungen und Vorgaben nachvollziehbar. Das Fachgutachten wurde durch Fahrländer Partner AG in Zürich erstellt.

Die GPK empfiehlt dem Parlament einstimmig, dem Antrag des Gemeinderats zuhanden der Stimmbevölkerung zuzustimmen.

Parlamentspräsident Markus Willi hält fest, dass das Eintreten unbestritten ist.

Fraktionssprecher Andreas Lanz (BDP): Die BDP-Fraktion dankt dem Gemeinderat für die uns vorliegende zukunftsorientierte Überbauungsordnung. Die BDP-Fraktion wird dem Antrag des Gemeinderats zuhanden der Stimmbevölkerung einstimmig zustimmen.

In der Vorlage überzeugen uns vor allem vier Argumente:

Erstens die innere Verdichtung; die Anzahl Wohnungen steigt von aktuell 142 auf neu rund 260 und das ohne zusätzlich Land einzuzonen oder anderen Nutzungen entziehen zu müssen.

Zweites überzeugt uns der vorgesehene gute Wohnungsmix. Es werden Wohnungen in verschiedenen Grössen und Preisklassen erstellt.

Drittens sind die Eingaben aus der Mitwirkung gut aufgenommen worden.

Viertens ist der Liebefeld-Leist mit einer Vertretung bei der Weiterentwicklung der Planung mit einbezogen.

Diese Argumente entkräften unserer Meinung nach den uns zu Ohren gekommenen Vorwurf, dass es sich bei der Planung um ein Spekulationsobjekt handle. Auch die angestrebte Ladennutzung entlang der Könizstrasse begrüßen wir sehr. Das kann zur Belebung des Quartiers beitragen. Lokale Einkaufsmöglichkeiten wirken schlussendlich auch dadurch, dass damit Verkehr reduziert werden kann.

Fraktionssprecher Hanspeter Kohler (FDP): Die FDP-Fraktion wird dem vorliegenden Geschäft gemäss dem Antrag des Gemeinderats zuhanden der Stimmbevölkerung einstimmig und überzeugt zustimmen. Es handelt sich um eine gute Sache und ich gehe bewusst nicht in die Details des Projekts ein. Trotzdem eine Bemerkung: In Bezug auf die Freiwilligkeit von höchstens 20 Prozent nicht erneuerbare Energie für den Wärmebedarf oder 0,5 Parkplätze pro Wohnung: Wenn der Grundeigentümer dies befürwortet, geht das absolut in Ordnung. Man muss die Sache jedoch auch von der Zeitachse her betrachten: Anlässlich der Entwicklung der Überbauung war der negative Volksentscheid über den Energieartikel noch nicht gefällt. Man kann nun darüber diskutieren, ob das so richtig war. Es fragt sich nun – das möchte ich hier festhalten – wie weit man Verhandlungen über etwas führen will, wozu die Stimmbevölkerung noch nicht entschieden hat. Nochmals: Wenn der Grundeigentümer die Vorgaben als gut befindet und die Bauten so realisieren will, geht das in Ordnung.

Fraktionssprecherin Elena Ackermann (JGK): Die Fraktion der Grünen stimmt der neuen ZPP Thomasweg/Stationsstrasse einstimmig gemäss dem Antrag des Gemeinderats zuhanden der Stimmbevölkerung zu.

Gemäss Ziffer 1 der Besonderen Vorschriften wird hier ein sozialverträgliches und städtebaulich hochwertiges Quartier mit einer hohen Wohnqualität entstehen. Mit dem vorliegenden Projekt wird das Ziel der Verdichtung nach innen – das sowohl von übergeordneten Planungen als auch von der laufenden Ortsplanungsrevision verfolgt wird – konsequent umgesetzt. Durch die innere Entwicklung wird unter anderem zusätzlicher Verbrauch von Kulturland verhindert. Am Thomasweg wird an gut erschlossener Lage zusätzlicher Wohnraum geschaffen. Aufgrund von unterschiedlichen Ausbaustandards können an dieser zentralen Lage auch preisgünstige Wohnungen entstehen und zusammen mit unterschiedlichen Grundrisstypologien wird somit eine durchmischte Mieterschaft die Folge sein, was einen grossen Beitrag zur Durchmischung des Quartiers leistet.

Die vorgegebene maximale Anzahl Parkplätze von 0,5 pro Wohnung unterstützen wir sehr. Im Artikel der Zeitung Bund vom 10. März 2016 zum Thema Viererfeld ist festgehalten: „Wer Parkplatzzahlen festlegt, macht Verkehrspolitik“. An einer solch gut erschlossenen Lage ist es aus verkehrsplanerischer und wirtschaftlicher Sicht nur vernünftig, nicht mehr Parkplätze als nötig zur Verfügung zu stellen. Im Gegensatz soll das Velo gestärkt werden. Wie in den Vorschriften formuliert, sind attraktive Abstellplätze zu schaffen. Als Vorbild soll auch hier das Projekt im Viererfeld dienen. Die Richtlinie von 1 Veloabstellplatz pro Zimmer können gemäss unserer Einschätzung auch am Thomasweg angewendet werden. Durch die vorgeschriebene Tiefgarage kann in der Überbauung mehr nutzbarer Freiraum entstehen. Gemäss den Vorschriften sind die innenliegenden Aussenräume grün zu gestalten. Auch die Durchlässigkeit und Anbindung an die Umgebung begrüßen wir sehr. Gerade bei Projekten, welche eine Verdichtung zum Ziel haben, muss grosses Augenmerk auf den Freiraum gelegt werden; der Nutzungsdruck auf die Freiflächen steigt durch die zusätzlichen Einwohnenden enorm. Auch im Bereich Energie ist die Vorlage vorbildlich geplant. Der Wärmebedarf soll mit mindestens 80 Prozent erneuerbaren Energien gedeckt werden, ein durchaus realistischer Wert.

Der weitere Verlauf des Projekts wird durch ein qualitätssicherndes Verfahren gestützt. Gemäss dem Bericht des Gemeinderats werden dabei sowohl die Gemeinde als auch das Quartier mit einbezogen. Die Partizipation ist uns ein wichtiges Anliegen und wir bitten den Gemeinderat, sich weiterhin dafür stark zu machen.

In diesem Sinn sind wir gespannt auf die neue vorbildliche Überbauung und empfehlen der Stimmbevölkerung die Annahme der Vorlage.

Fraktionssprecher Fritz Hänni (SVP): Aus der Sicht der SVP-Fraktion sind solche Quartiere dringend zu verdichten und mit dem sehr guten öV-Anschluss sind die Voraussetzungen dafür gegeben. Auch die Erhöhung der Anzahl Wohnungen von 142 auf 266, die in jeder Preislage zur Verfügung stehen sollen, ist aus unserer Sicht eine gute Sache. Die Politik soll den Investoren gewisse Freiheiten lassen und ihnen möglichst keine Steine in den Weg legen, sonst haben wir in Zukunft Mühe, solche zu finden. Für die Gemeinde Köniz handelt es sich sicher um ein gutes Geschäft.

Die SVP-Fraktion stimmt dem Geschäft gemäss dem Antrag des Gemeinderats zuhänden der Stimmbevölkerung zu.

Fraktionssprecher Christian Roth (SP): Die SP-Fraktion setzt sich mit der Frage nach preisgünstigem Wohnungsbau und Wohnraum seit etlichen Jahren auseinander. Das ist dem Parlament inzwischen hinlänglich bekannt.

Zur Vorlage Änderung der baurechtlichen Grundordnung Areal Thomasweg/Stationsstrasse im Liebefeld hat die SP deshalb folgerichtig bereits bei der Mitwirkung 2014 mitgearbeitet und Stellung genommen. Es ist deshalb an der Zeit – auch aus der Sicht der SP-Fraktion, eine Art Zwischenbilanz zu ziehen.

In der Tat gibt es zahlreiche Argumente, die für die Zustimmung zur Vorlage sprechen. Es gibt aber auch einen grossen „Tolggen“ im Reinheft, der durchaus für die Ablehnung der Vorlage spricht, dazu aber später. Zuerst zu den Punkten, die für die Zustimmung sprechen. Wie die Fraktionssprecher von BDP und SVP festgehalten haben, muss auf diesem Areal, das an sehr guter Lage mit besten öV-Anschlussmöglichkeiten gelegen ist, verdichtet gebaut werden. Das ist Gebot der Stunde. Man soll im urbanen Teil der Gemeinde neuen, zusätzlichen Wohnraum schaffen. Wie der BDP-Fraktionssprecher bereits festgehalten hat, ist es auch aus Sicht der SP-Fraktion begrüssenswert, dass die HIG als Bauherrschaft vorsieht, Wohnungen in verschiedenen Grössen und unterschiedlichen Ausstattungen zu realisieren. Dies mit dem Ziel, dass auch günstige Wohnungen entstehen können. Das ermöglicht eine heterogene Mieterschaft und fördert die soziale Durchmischung. Auch die von der Bauherrschaft akzeptierte Realisierung in Etappen wird von der SP-Fraktion begrüsst. Damit wird den Bewohnenden ermöglicht, zu gegebener Zeit innerhalb des Quartiers umzuziehen. Es ist insbesondere für ältere Menschen von Bedeutung, die auf dem Wohnungsmarkt – das zeigen Studien inzwischen – erheblich grössere Schwierigkeiten haben, eine neue Wohnung zu finden als andere Mietergruppen. Auch wie von der Fraktion der Grünen bereits formuliert, punktet die Vorlage durch ökologische Überlegungen. Die Anzahl Parkplätze von 0,5 pro Wohnung genügt, es sind attraktive Veloabstellplätze vorgesehen und auch die vorbildliche Energieversorgung des Areals ist bereits erwähnt worden, Interessant ist die Feststellung, dass aus Sicht der Bauherrschaft nicht einmal mehr darüber diskutiert werden muss. Das nennt die SP-Fraktion Fortschritt, das ist sehr erfreulich. Erstaunlich ist, dass in der Botschaft nichts darüber enthalten ist, in welcher Form gebaut wird, ob im Minergie- oder Minergie-P-Standard. Man muss sich allenfalls überlegen, ob die Redaktionskommission – die sowieso die Pro- und Kontraargumente aus der heutigen Sitzung bearbeiten wird – diesen Punkt noch aufnehmen soll. Auch mit der siedlungsdurchlaufenden Verbindung für den Langsamverkehr, mit dem geplanten Raum für Kindergarten und Basisstufe und mit der vereinbarten Mehrwertabschöpfung in der Höhe von 2,1 Millionen Franken kann die Vorlage punkten.

Wie die BDP-Fraktion hat auch die SP-Fraktion festgestellt, dass gemäss Verwaltung eine sehr positive Zusammenarbeit mit der HIG stattgefunden hat. Das hat wirklichen Vorbildcharakter. Es zeigt sich, dass eine solche langfristige Planung zwischen einem privaten Investor und der Gemeinde einen Nutzen für beide Seiten haben kann und muss. Ein weiterer Pluspunkt ist, dass dieser Mehrwert der Gemeinde keine Kosten verursacht.

All diesen positiven Punkten muss nun ein „Tolggen“ im Reinheft entgegengehalten werden. Die Vorlage verdient deshalb den Titel „gute Vorlage mit einer verpassten Chance“. Leider hat der Gemeinderat verpasst, einen wichtigen und entscheidenden Punkt in die Vorlage einzubauen: Bestimmungen mit deren Anwendung effektiv preisgünstige Wohnungen auf lange Dauer geschaffen werden können. Bestimmungen die dafür sorgen würden, dass Wohnungen in Kostermiete erstellt und betrieben werden und somit garantiert wäre, dass sich die Wohnungen in den nächsten Jahren preisgünstig entwickeln würden und in 15 – 20 Jahren effektiv 20 Prozent günstiger sind als mit der Marktmiete.

Machen wir uns nichts vor: Kleinere Wohnungen mit einem reduzierten Ausbaustandard sind zwar günstiger zu mieten als grössere Wohnungen mit einem höheren Ausbaustandard; doch auch diese kleinen Wohnungen werden nach Marktmietgesetz vermietet. Somit werden auch die Mieten der kleineren Wohnungen der Ortsüblichkeit folgen und dementsprechend steigen. Deutlich zeigt die Vorlage auf, dass in der Gemeinde Köniz entsprechende gesetzliche Bestimmungen notwendig sind, die dem Denken und Handeln gemäss der Gesetzmässigkeit des gemeinnützigen Wohnungsbaus Nachhaltigkeit verschaffen. Die Initiative „bezahlbar Wohnen in Köniz“ der SP, der Gewerkschaften, des Mieterverbands und der gemeinnützigen Wohnbauträger, bilden dafür das Rückgrat. Es liegt an der Könizer Stimmbevölkerung, entsprechende Bestimmungen ins Baureglement der Gemeinde aufzunehmen und – so die Könizer Bevölkerung dies will – für bezahlbare Wohnungen in Kostenmiete zu sorgen.

Die SP-Fraktion stimmt dem Antrag des Gemeinderats zuhanden der Stimmbevölkerung zu, das halte ich hier fest. Wir kommen zum Schluss: Lieber den Spatz in der Hand zu haben als die Taube auf dem Dach.

Fraktionssprecher Bernhard Zaugg (Mitte): Die Änderung der baurechtlichen Grundordnung für das Areal Thomasweg/Stationsstrasse stellt für die Mitte-Fraktion ein Vorzeigeprojekt dar. Gründe dafür sind bereits genannt worden: Wir denken, dass die Verdoppelung der Wohnfläche ein wirklich gutes Ergebnis ist. Hervorzuheben ist, dass ein Drittel der Wohnungen in einem tieferen Ausbaustandard realisiert werden sollen, was tiefere Mietzinse zur Folge haben wird. Auch die Anzahl 0,5 Parkplätze pro Wohneinheit ist für uns wichtig. Weiter sind die maximal 20 Prozent aus nicht erneuerbaren Energien für den Wärmebedarf ein Punkt der uns gefällt. Bis jetzt noch wenig gehört ist das Faktum Wettbewerb. Es ist bekannt, dass mit einem ausgeschriebenen Projekt in der Regel bessere Ergebnisse erzielt werden und somit kommt man dem Wunschziel näher. Damit werden Kosten ausgelöst, aber diese Vorgehensweise ist zielführender.

Hier liegt ein guter Mix zwischen Gemeinde und privatem Grundeigentümer vor, der hier realisieren und entsprechend investieren will. Insofern danke ich dem Gemeinderat für das vorliegende Ergebnis.

Die Mitte-Fraktion wird dem Antrag des Gemeinderats zuhanden der Stimmbevölkerung einstimmig zustimmen.

Christian Roth (SP): Ich erwähne hier einige Punkte, die mir wichtig sind. Namens der SP-Fraktion erwähne ich hier positiv, dass sich die HIG und die zuständige Verwaltung wirklich darum bemüht haben, den jetzt im Areal Wohnenden wirklich helfen zu wollen, ihnen entsprechende Wohnungen zu finden. Man hört, dass bereits rund ein Viertel der Bewohnenden neue Wohnmöglichkeiten gefunden oder in Aussicht haben. Die Bauherrschaft nimmt ihre soziale Verantwortung wirklich wahr. Zweitens ist der gute Prozess positiv zu erwähnen, der unter Einbezug der Bevölkerung stattgefunden hat: Die Bedürfnisse der Bewohnenden, der Leiste und der Parteien frühzeitig sind abgefragt worden und grossmehrheitlich in die Vorlage eingeflossen. Das verdient ein grosses Lob an beide Verwaltungen, an die politische und an den Investor.

Negativ sind zwei Punkte:

Erstens möchte die SP-Fraktion darauf hinweisen, dass zum einen in der ZPP nirgends festgehalten ist, dass ein Drittel an preisgünstigen Marktmieten angeboten werden müssen. Der Investor sagt zwar aus, dass ein Drittel preisgünstige Wohnungen angeboten werden sollen, in der ZPP ist dies jedoch nirgends festgehalten. Es wäre aus Sicht der SP-Fraktion zielführender, wenn der Gemeinderat in dieser Frage verbindlich Nägel mit Köpfen gemacht hätte. Die SP-Fraktion wird die HIG an ihr Versprechen erinnern, sollte dieser Drittel nicht eingehalten werden.

Zweitens gibt die SP-Fraktion ihrem Bedauern Ausdruck, dass im Projekt, neben dem Kindergartenraum, weitere Räume zur Förderung des Gemeinschaftslebens fehlen. Gerade im städtischen Teil der Gemeinde Köniz sind solche Nutzungsmöglichkeiten notwendig, z. B. für Altersinstitutionen oder für Kitas, wofür im städtischen Raum Bedarf vorhanden ist. Schade, ist diese Möglichkeit verpasst worden. Diese Punkte möchte ich gerne zuhanden der Abstimmungsvorlage aufnehmen.

Bernhard Lauper (SVP): Ich halte hier fest, dass es sich um einen Grundeigentümer handelt, der investieren will. Wir sind alle froh, dass dieser investieren will und sollten deshalb nicht nach Gründen suchen, die Investitionen verhindern könnten. Zum Glück will der Grundeigentümer investieren und wenn wir wollen, dass solches auch in Zukunft stattfinden soll, müssen wir so vorgehen wie hier und keine zusätzlichen Regulatorien und Verhinderungsklauseln einbauen.

Gemeinderätin Katrin Sedlmayer (SP): Ich danke für die positiven Voten und erkläre mich etwas überwältigt davon. Das freut mich ausserordentlich.

Die Überbauung Thomasweg/Stationsstrasse wird ein Vorzeigebispiel für innere Entwicklung. Das vor allem aber, weil der vorbildliche Investor offen ist für die Anliegen sowohl der Bevölkerung als auch der Gemeinde. Es handelt sich hier um ein Miteinander und nicht um ein Diktieren eines Investors. Man ist aufeinander eingegangen und hat gemeinsam einen guten Weg gefunden. Das ist nicht selbstverständlich.

Zu den Voten: Christian Roth hat erwähnt, dass er zwei Punkte als negativ betrachtet: Erstens dass der Drittel preisgünstige Wohnungen nicht in der ZPP aufgeführt sind. Der Investor hat uns dies jedoch versprochen. Die Gemeinde wie auch eine Quartiervertretung sind im Wettbewerb dabei. Ich mache mir keine Sorgen, dass der Drittel preisgünstiger Wohnungen nicht eingehalten wird. Es muss nicht immer alles bis auf den letzten Punkt in den Vorschriften aufgeführt sein. Dass keine Gemeinschaftsräume vorgesehen sind, kann man bedauern. Es braucht jedoch auch Bewohnende, die diese Räume auch wirklich benützen. Die Thomaskirche befindet sich in der Nähe des Areals und diese verfügt über mehrere Räume, die dafür benützt werden können.

Alles in allem handelt es sich um eine vorbildliche Siedlung, die dem Legislaturziel des Gemeinderats „Köniz entwickelt sich nachhaltig“ entspricht. Das kann hier festgehalten werden. Es handelt sich um eine innere Verdichtung, die kein zusätzliches Land verbraucht. Wichtig ist aber auch, dass es sich um eine Verdichtung handelt, die trotzdem über innenliegende Grünräume verfügt. Je dichter gebaut wird desto attraktiver müssen die Aussenräume sein. Es werden Grünräume vorhanden sein, wie auch die Durchlässigkeit. Auch dieser Wunsch der Gemeinde ist aufgenommen worden.

Ich bin auf das Weitergehen gespannt und freue mich auf das Ergebnis. Ich bin sicher, dass hier Besuche von anderen Gemeinden oder Kantonen stattfinden werden, weil es sich um ein spannendes Beispiel handelt.

Beschluss

Mit 38 zu 0 Stimmen und 0 Enthaltungen beantragt das Parlament den Stimmberechtigten, folgende Beschlüsse zu fassen:

- Der Änderung der baurechtlichen Grundordnung für die Parzellen Nr. 1310 und 6156: neue Zone mit Planungspflicht ZPP Nr. 4/7 „Thomasweg/ Stationsstrasse“ sowie der Aufhebung der „Alignementsplanabänderung Stationsstrasse - Könizstrasse“ vom 12.10.56 inkl. Abänderungen vom 29.01.57 und 6.03.62 wird zugestimmt.
 - Der Gemeinderat bestimmt den Zeitpunkt des Inkrafttretens dieser Änderung und dieser Aufhebung.
-

Beschluss

Das Parlament genehmigt die Botschaft an die Stimmberechtigten und den Wortlaut des Stimmzettels.

Abstimmungsergebnis: Einstimmig

4. Niederwangen, Landorfstrasse - Kreisel Komturenstrasse

Kredit; Direktion Planung und Verkehr

Parlamentspräsident Markus Willi: Die Unterlagen, der Bericht und Antrag des Gemeinderats, sind Ihnen mit den Sitzungsakten zugestellt worden. Das Vorgehen: Zuerst spricht der GPK-Referent, danach folgen die Fraktions- und Einzelvoten aus dem Parlament und zum Schluss folgt die Abstimmung.

GPK-Referent Mathias Rickli (Grüne): Das Bauprojekt Landorfstrasse steht im Zusammenhang mit der Überbauung Ried und hat zwei Phasen: Erstens die Realisierung des Kreisels Komturenstrasse und zweitens die Umgestaltung der Landorfstrasse bis zum Komturenwald.

Im Erschliessungsbereich der Siedlung Ried mit dereinst rund 2'500 neuen Könizer Einwohnenden ist auf der Landorfstrasse künftig Tempo 50 km/h vorgesehen und der Kreisel ist eines der städtischen Elemente, damit die Tempobeschränkung auf 50 km/h auf dieser Art Landstrasse vom Kanton überhaupt bewilligt wird. Im heutigen Geschäft beraten wir nur die Realisierung des neuen Kreisels. Der Antrag für die zweite Etappe, der die Strecke vom Kreisel weg bis zum Wald umfasst, wird zu einem späteren Zeitpunkt vom Parlament beraten.

Zum Sachverhalt: Aus Sicht der GPK ist dieser klar beschrieben. Wichtig ist, dass der Kreisel im Masterplan Ried, zusammen mit der Infrastrukturgemeinschaft Papillon bereits so angedacht ist. Zur vorliegenden Lösung: Die vorgesehene Etappierung ist aus Sicht der GPK nachvollziehbar. Die Realisierung der zweiten Etappe ist aus unserer Sicht noch nicht notwendig, jedoch ist der Abzweigerkreisel wichtig, auch für den Bauverkehr aufgrund des Baubeginns der Siedlung Ried-Ost.

Die GPK hat zu dieser Lösung folgende Aspekte zusammen mit Personen aus der Verwaltung und dem Gemeinderat vertieft angeschaut: Der Gemeinderat schreibt, dass er keine Alternative geprüft habe, weil die Vorteile klar sind. Die GPK fragte nach, was das genau bedeuten soll. Positiv würdigt der Gemeinderat, dass es sich beim Kreisel um ein Eingangstor in die neue Siedlung handelt. Es geht um Geschwindigkeitsanpassungen, die mit der Realisierung des Kreisels ermöglicht werden. Es geht um die Ein- und Ausfahrtsicherheit aus dem neuen Quartier und in diesem Zusammenhang um die Verkürzung von Wartezeiten, wenn man aus der Komtunenstrasse in die Landorfstrasse fahren will. Allerdings hilft der Kreisel nicht, wenn der Verkehr aus Richtung Köniz kommt, denn dieser hat Vortritt.

Zu den Nachteilen: Der Gemeinderat hat sich damit schwergetan, hier grosse Nachteile zu orten. Es entstehen Kosten und der Erwerb eines kleinen Landstücks ist notwendig, damit im Süden die Realisierung einer Ausbuchtung möglich ist. Das alles ist jedoch bereits geregelt und auch für die GPK ist aus dieser Sicht die Vor-/Nachteilabwägung nachvollziehbar und die Realisierung des Kreisels sinnvoll.

Zur Sicherheit: Die GPK liess sich insbesondere über die Sicherheit für den Fuss- und Veloverkehr informieren. Auffällig ist, dass der Velostreifen lange vor dem Kreisel nicht mehr aufgemalt ist, d. h. er ist nicht bis in den Kreisel hineingezogen. Wir wollten Informationen, weshalb dem so ist. Wichtig zu wissen ist, dass es offenbar „State of the Art“ ist. Velofahrende die in den Kreisel hineinfahren, müssen die Möglichkeit haben, sich den Platz dafür zu nehmen, so dass sie nicht von Autos überholt werden können. Gemäss dieser Logik ist es sinnvoll, den Velostreifen 20 bis 30 Meter vor dem Kreisel zu beenden, damit die Velofahrenden genügend Zeit haben, in die Mitte des Kreisels fahren zu können. Dieser Argumentation konnte die GPK folgen. Wir haben jedoch nicht vertieft geprüft, wie es für die Velofahrenden bei der Ausfahrt aus dem Kreisel ist. Gemäss der Antwort des Gemeinderats auf unsere dahingehende Frage, wird er sich heute Abend hier noch kurz äussern.

Zum Fussgängerstreifen: Für die GPK ist nachvollziehbar, dass dieser in der erste Etappe noch nicht aufgemalt wird, weil noch nicht mit viel Fussverkehr zu rechnen ist. Der Fussgängerstreifen soll erst aufgemalt werden, wenn die ganze Siedlung bewohnt ist. Es wird jedoch bereits eine Mittelinsel realisiert, damit die Fussgänger die Strasse je hälftig – eine Fahrbahn nach der andern – überqueren können.

Was passiert bei Ablehnung? Wichtig ist zu wissen, dass die Gemeinde bei Ablehnung des Vorhabens die ausgehandelten Bedingungen mit der Infrastrukturgesellschaft Papillon nicht erfüllen würde.

Zu den Finanzen: Die hälftige Übernahme der Kosten durch die Infrastrukturgesellschaft Papillon ist zurzeit in der rechtlichen Situation, dass die Mittel noch nicht faktisch auf dem Tisch sind. In dieser Situation muss die Gemeinde dem Parlament den vollumfänglichen Betrag beantragen, d. h. 655'000 Franken. Die GPK fragte nach und es ist nachvollziehbar, dass so vorgegangen wird. Das Risiko, dass diese Mittel durch die Infrastrukturgesellschaft Papillon nicht bezahlt werden, ist gering. Dies nur schon deshalb, weil die Gemeinde Köniz am Ganzen beteiligt ist.

Aus dieser Sicht empfiehlt die GPK dem Parlament einstimmig, dem Antrag des Gemeinderats zuzustimmen.

Gemeinderätin Katrin Sedlmayer (SP): Eine Ergänzung: Nach der Ausfahrt aus dem Kreisel in Richtung Niederwangen ist kein Velostreifen mehr markiert. Zwar bestünde für einen kurzen Moment die Möglichkeit, einen Velostreifen aufzumalen, danach wird jedoch die Strasse eng. Wir bevorzugen deshalb die Aufmalung eines Velostreifens in Richtung Köniz – d. h. in der Steigung. Grund dafür ist, dass die Velofahrenden abwärts meist fast gleich schnell unterwegs sind wie Autos.

Wir sind noch darauf aufmerksam gemacht worden, dass der Velostreifen von Niederwangen her in Richtung Kreisel noch verlängert werden könnte, wenn die Mittelinsel verkürzt würde. Die Mittelinsel ist dort deshalb länger und breiter, weil in diesem Bereich die Strasse breiter ist als auf der Seite in Richtung Niederwangen. Ausserdem ist entschieden worden, die nicht überfahrbaren Trottoirränder überfahrbar auszugestalten.

Diese beiden Massnahmen dienen der Erhöhung der Sicherheit.

Parlamentspräsident Markus Willi hält fest, dass das Eintreten unbestritten ist.

Fraktionssprecher Hansueli Pestalozzi (Grüne): Grund für die Realisierung des Kreisels ist ein Vertrag. Der Gemeinderat schreibt auch, dass mit der Belegung des Strassenraums – gemeint sind damit zusätzliche 1'400 Fahrten/Tag von Autos – und dem erwarteten zusätzlichen Veloverkehr höhere Anforderungen an die Verkehrssicherheit gestellt werden. Ein wichtiger Grund ist ausserdem – das leuchtet auch mir ein –, dass aus Richtung der Siedlung Ried besser in die Landorfstrasse eingebogen werden kann. Wobei: Für dieses Einbiegen bestünde für die Velofahrenden eine Unterführung. Ein weiterer Vorteil des Kreisels ist, dass damit die Geschwindigkeit gesenkt wird.

Ich frage mich jedoch, was die Vorteile für den Veloverkehr sind. Auf der bestehenden Strasse sind durchgehend Velostreifen in beide Richtungen aufgemalt. Neu ist gemäss Plan – der hier jedoch nicht in jener Auflösung vorliegt wie anlässlich der GPK-Sitzung - vorgesehen, dass der Velostreifen 40 Meter vor dem Kreisel aufhört und erst wiederum 40 Meter nach dem Kreisel beginnt. In der Fahrbahn sind breite Mittelinseln vorgesehen, d. h. die bestehende Fahrbahn wird im neuen Projekt künstlich auf 3,5 Meter verschmälert. Lastwagen können bis zu 2,5 Meter breit sein, d. h. für die Velofahrenden bleibt genau 1 Meter Platz. Stellen Sie sich die Situation als Autofahrende vor, wenn Sie von Niederwangen in Richtung Köniz fahren und vor Ihnen fährt ein Velo: Sie müssen 40 Meter lang – bergaufwärts – bis zum Kreisel hinter dem Velo her fahren. Auch im Kreisel sollte das Velo nicht überholt werden und danach ist die Strasse während 40 Metern für eine Überholung nicht breit genug. Ich frage mich, ob alle Auto- oder Lastwagenfahrenden so gute Nerven haben. Ich bin froh, dass Gemeinderätin Katrin Sedlmayer erklärt hat, dass man bereit ist, den breiten Mittelstreifen zu verschmälern, damit den Velofahrenden mehr Platz zur Verfügung steht. Damit besteht die Möglichkeit, den Velostreifen auf einer längeren Strecke aufzumalen. Würde dies nicht geändert, bedeutet die zukünftige Situation eine deutliche Verschlechterung für die Velofahrenden und vor allem könnte dies zu gefährlichen Situationen führen, sollten dereinst Auto- oder Lastwagenfahrende keine guten Nerven haben.

Ein weiterer Punkt: Kurz vor der Riedmoosbrücke besteht bereits ein Kreisel, dessen Durchmesser 25 Meter beträgt. Der neue Kreisel ist mit einem Durchmesser von 28 Metern geplant. Ich frage mich, weshalb der neue Kreisel einen grösseren Durchmesser haben muss; vor allem: Je breiter ein Kreisel ist desto grösser ist auch wieder die Gefahr, dass Velofahrende durch Autofahrende überholt werden. Ausserdem verursacht der grössere Durchmesser des Kreisels wahrscheinlich höhere Kosten. Ich bin kein Kreisel-Spezialist, für mich als betroffenen Velofahrenden ist der geplante Kreisel jedoch eine Verschlechterung. Direkt vor dem Kreisel muss eine Verkehrssituation eng sein, weil es in diesem Bereich gefährlich ist, wenn Velofahrende durch Autofahrende überholt werden. Die enge Verkehrssituation soll jedoch nicht bereits 40 Meter vor dem Kreisel beginnen und erst 40 Meter danach wieder aufhören.

Aus diesen Gründen stellt die Fraktion der Grünen Antrag auf Rückweisung, verbunden mit dem Auftrag, die Veloführung und die Velosicherheit zu verbessern.

Was für die zweite Etappe geplant ist, ist in unseren Augen gut, es muss jedoch darauf geachtet werden, dass die geplante Bushaltestelle nicht zu einer so genannten „Fleischbremse“ für die Velofahrenden wird. Ich stelle fest, dass die Bushaltestelle so angeordnet sein müsste, dass sich die Fussgängerstreifen in beide Richtungen jeweils hinter dem Bus befinden.

Wir bitten Sie, dem Rückweisungsantrag zuzustimmen, weil das Projekt aus unserer Sicht nicht sehr dringlich ist.

Parlamentspräsident Markus Willi hält fest, dass die Fraktion der Grünen Antrag auf Rückweisung stellt.

Fraktionssprecher Thomas Marti (Mitte): Der Kreisel ist für den zukünftigen Verkehr im Bereich der Einmündung Komturenstrasse/Landorfstrasse ein richtiges Element. Damit wird ein sicherer Verkehrsfluss für Fussgänger, Auto- und Velofahrende geschaffen. Die Mitte-Fraktion kann – nach Durchsicht der Unterlagen – den Kritikpunkt, welcher von der Fraktion der Grünen angebracht worden ist, so nicht teilen. Für uns ist das vorliegende Projekt richtig. Damit wird eine Torsituation zum Zugang von Niederwangen aus Richtung Köniz geschaffen und das Projekt ist – das ist ein weiterer Vorteil – bereits bewilligt. Es entspricht auch dem, was 2012 mit der Miteigentümerschaft Ried vereinbart worden ist.

Ganz kritiklos möchten wir das Projekt so jedoch nicht durchgehen lassen. Die Mitte-Fraktion hat die Tradition, bei der Folgekostentabelle hin und wieder Fehler festzustellen. Wir haben festgestellt, dass beim Bruttokredit 322'500 Franken aufgeführt ist. Wir stimmen jedoch über einen Bruttokredit von 655'000 Franken ab.

Die Mitte-Fraktion wird aus den vorgenannten Gründen dem Antrag des Gemeinderats einstimmig zustimmen.

Fraktionssprecher Stephan Rudolf (BDP): Das Ried ist mit 30 Hektaren eine der grössten für den Wohnungsbau reservierten Baulandreserve in der Region Bern. Pläne für die Überbauung – diese bestehen bereits mehr als vier Jahrzehnten – habe ich schon von Anfang an miterlebt. Als ich als Schulkind am Stegenweg wohnte, sprach man bereits darüber. Realisiert worden ist bis anhin eine teilweise Überbauung, der westliche Teil des Ried. All das passierte ohne wesentliche Anpassungen der Verkehrsanschlüsse.

Im Juni 2012 hat die Stimmbevölkerung der Gemeinde Köniz die Überbauungsordnung Ried Ost abgesehnet und 2014 wurde diese durch den Kanton gutgeheissen. Mit dem Siegerprojekt Fingerring ist die damals Ringstrasse genannte Strasse für den Bereich Ried Ost festgelegt worden. Der Verkehrsanschluss war im Detail noch nicht Bestandteil des Projekts. Die Bevölkerung, der Kanton, der Gemeinderat und das Parlament der Gemeinde Köniz haben bereits mehrfach JA zum Projekt gesagt. Der vorliegende Antrag des Gemeinderats fordert nun ein weiteres JA zu einem Teil des Projekts.

Bei der Beschreibung der Ausgangslage hält der Gemeinderat fest, dass der Strassenraum durch den zusätzlichen Veloverkehr „belebter“ wird. Realistisch gesehen wird aber auch zusätzlicher motorisierter öffentlicher wie auch individueller Verkehr generiert. Ich kann mir vorstellen, dass damit die Frage von Hansueli Pestalozzi beantwortet ist, weshalb der Kreisel grösser geplant ist als der bestehende weiter unten bei der Riedmoosbrücke. An der heutigen T-Kreuzung sind bereits mehrere Unfälle passiert. Die Situation wird sich durch das erwartete höhere Verkehrsaufkommen nicht verbessern, insbesondere müsste für den Veloverkehr sowie den öV bei der T-Kreuzung eine Lösung mit besonderer Beachtung gefunden werden. Lösungen wie ein Ampelsystem sind in unseren Augen nicht angebracht. Ideen wie eine Velounterführung aus dem Ried in Richtung Köniz werden nicht kostengünstiger zu haben sein. Deshalb spricht sich die BDP-Fraktion klar für die vorgeschlagene sichere Lösung aus. Ein Kreisel nimmt im Vergleich zu einer T-Kreuzung massiv Geschwindigkeit und somit auch Gefährlichkeit aus dem Spiel. Anhand der Pläne kann die BDP-Fraktion keinen unnötigen Luxus erkennen. Ich als Laie im Strassenbau mute mir jedoch nicht an, beurteilen zu können, ob die einzelnen Positionen, ob Trottoirränder überfahrbar sein müssen oder nicht oder ob die Mittelinsel zu lang oder zu breit ist, usw. Die BDP-Fraktion vertraut hier auf die Beurteilung der Direktion. In Bezug auf die Kosten vertrauen wir vor allem auch auf die kommenden Bauausschreibungen.

Die BDP-Fraktion unterstützt einstimmig den Antrag des Gemeinderats.

Zum Rückweisungsantrag halte ich fest, dass sich die BDP-Fraktion nicht absprechen konnte und deshalb vertrete ich hier nicht die Meinung der Fraktion. Ich bin jedoch angesichts des bisherigen Baufortschritts der Meinung, dass dieses Projekt keine Verzögerung mehr verträgt; es kann nicht aufgrund irgendwelcher Sonderwünsche hinausgezögert werden. Wir müssen nun JA zum vorliegenden Geschäft sagen.

Fraktionssprecherin Heidi Eberhard (FDP): Vorab besten Dank an die Betroffenen für die Aufbereitung der vorliegenden Unterlagen.

Die FDP-Fraktion hat sich zuerst einmal mit der Vorlage etwas schwergetan. Die Kosten für einen Kreisel mit einem Durchmesser von 28 Metern (615 m² Fläche) sind beachtlich. Die Finanzen der Gemeinde Köniz befinden sich jedoch nicht in einem rosigen Zustand. Aufgrund dessen sollte auch im Strassenbau auf die Kosten geachtet werden. Der Quadratmeter kostet 375 Franken. Auch fehlen der FDP-Fraktion in den Unterlagen die Angaben, weshalb ein Kreisel realisiert werden soll, anstatt die heute bestehende T-Kreuzung mit einer Ampelanlage zu versehen und dem öV wie auch den Velofahrenden eine Priorisierung zu geben. Das käme unserer Ansicht nach sicher günstiger zu stehen. Ich konnte den GPK-Vertreter unserer Fraktion nicht fragen, ob sicher ist, dass die Kostenbeteiligung der IG Papillon in der Höhe von 375'000 Franken auch bezahlt wird oder ob wir als Könizer Bürger alles bezahlen müssen. Der Abteilungsleiter Verkehr und Unterhalt, Ruedi Käser, hat mir übrigens bestätigt, dass dieser Anteil bezahlt wird, weil die Gemeinde Köniz mit 17,9 Prozent daran beteiligt ist.

Wir erhielten die uns fehlenden Informationen bei Ruedi Käser und danken ihm dafür. Eine T-Kreuzung mit Ampelanlage wäre im Unterhalt teuer zu stehen gekommen. Uns ist auch klar geworden, dass mit der Realisierung eines Kreisels insbesondere und bewusst eine Drosselung der Geschwindigkeit erwirkt werden soll. Aus diesem Grund ist die bestehende T-Kreuzung bereits im Vornhinein ad acta gelegt worden. Bei einer Ampelanlage würde zu schnell gefahren. Bei der Komturenstrasse ist in absehbarer Zeit, neben der Realisierung des neuen Schulhauses, auch der Bau eines neuen Sportplatzes vorgesehen. Das gab mir den Wink festzustellen, dass andernorts bei Schulanalgen sogar Tempi von 40 km/h gefahren werden dürfen. Der vorgesehene neue Kreisel soll ein Eingangstor zum neuen Quartier darstellen. Dabei soll bewusst eine Abgrenzung auch zur Hundeschule beim Komturenwald geschaffen werden.

Damit der öV und andere Kraftfahrzeuge ohne Probleme durchfahren können wurde ein etwas grösserer Durchmesser des Kreisels geplant.

Ich fragte Ruedi Käser auch nach den Kosten für die zweite Etappe. Diese Kosten fallen mit 1,095 Millionen Franken happiger aus. Auch dort werden uns wieder diverse Gedanken durch den Kopf gehen. Auch dort werden Gespräche in Bezug auf den Kostenteiler rasch möglichst in Angriff genommen werden müssen.

Die erhaltenen Antworten geben den Ausschlag dafür, dass die FDP-Fraktion dem Antrag des Gemeinderats zustimmen wird.

Ich habe mit der FDP-Fraktion vorhin abgeklärt, dass wir den Antrag auf Rückweisung nicht unterstützen werden. Würde ein Änderungsantrag gestellt, könnte diesem zugestimmt werden, weil Hansueli Pestalozzi bereits festgehalten hat, was vorgenommen werden soll.

Fraktionssprecher Christoph Salzmann (SP): Die SP-Fraktion wird dem vorliegenden Geschäft einstimmig zustimmen. Denn 2'500 Einwohnende haben Anrecht auf einen Kreisel. In der Politik sollten jedoch nie Witze angebracht werden und deshalb geht es seriös weiter.

Heute noch ist die Landorfstrasse eine reine Überlandstrasse. Mit fortschreitender Überbauung und mit dem Bau einer Schul- und Sportanlage, in welcher viel Schul- und Freizeitsport betrieben wird, wird die Strasse an den Siedlungsrand rücken, bzw. die Häuser werden näher an die Strasse gebaut. Es ist deshalb zwingend, dass auf diesem Bereich der Strasse die Tempi gesenkt werden können. Mit der Realisierung des vorgesehenen Kreisels kann dies erreicht werden. Damit können die Langsamverkehrenden sicher von der Sportanlage her in die Landorfstrasse einfädeln.

Die SP-Fraktion begrüsst deshalb, dass das Projekt demnächst an die Hand genommen und parallel mit der Entwicklung des Ried ausgeführt wird. Sie begrüsst auch die Etappierung, d. h. die spätere Sanierung und den Ausbau bis zum Komturenwald. Auch wenn dies, wie vorhin bereits erwähnt, die stattliche Summe von rund 1.09 Millionen Franken kosten wird. Die Sanierung der Landorfstrasse muss jedoch früher oder später passieren.

Wir danken dem Gemeinderat, dass er dies an die Hand nimmt.

Zum Rückweisungsantrag: Mich hätte es erstaunt, hätten unsere Hobby-Verkehringenieure nicht noch ein Haar in der Suppe gefunden. Unser Fachmann in der Fraktion, der im Berufsleben Verkehrsspezialist ist, hat sich im Vorfeld der Fraktionsdiskussionen nicht zu irgendwelchen Mängeln geäussert. Die SP-Fraktion wird wahrscheinlich mehrheitlich oder sogar einstimmig den Rückweisungsantrag ablehnen. Der Gemeinderat kann bei der Ausführung vielleicht das eine oder andere Anliegen aufnehmen, wenn dies innerhalb des heute zu beschliessenden Kreditrahmens möglich ist. Uns ist wichtig, dass die Tempi gesenkt werden und dass den Velofahrenden genügend Raum gegeben wird, sich im Kreisel richtig einfädeln zu können und nicht, ob die Velostreifen möglichst nahe zum Kreisel aufgemalt sind. Deshalb haben wir Bedenken gegenüber dem Rückweisungsantrag. Ich denke nicht, dass es ausgereift wäre, heute über einen Änderungsantrag zu beschliessen, wenn ein solcher denn gestellt würde. Die Abteilung Verkehr und Unterhalt wird die Sache prüfen und das aufnehmen, was sie als gut betrachtet.

Im Zusammenhang mit der Landorfstrasse möchte ich Dank aussprechen: Der Gemeinderat hat beschlossen, die Velofahrenden entlang dem Komturenwald auf dem Trottoir fahren zu lassen. Danke dafür. Diese Lösung zeigt mir auf, dass der Gemeinderat und die Abteilung Verkehr und Unterhalt durchaus gute Lösungen zugunsten des Langsamverkehrs realisieren können, ohne dass dazu ein medial spektakulär ausgeschlachteter Vorstoss des Parlaments notwendig ist.

Fraktionssprecher Bernhard Lauper (SVP): Die SVP-Fraktion hat dem bereits Gesagten nicht mehr viel beizufügen. Auch für uns ist es technisch der richtige Weg, einen Kreisel zu realisieren, der seinen Namen auch verdient, egal was für später noch geplant ist, ob eine Spange als Autobahnzubringer oder ob für den öV Megabusse eingesetzt werden. Der Kreisel ist für all dies gut geeignet. Die Erstellung eines Kreisels ist eine logische Folge im Zusammenhang mit der Siedlungsentwicklung im Ried.

Zu den Kosten: Für uns kommt der „Tolgggen im Reinheft“ dort, wenn man sagt, dass die Planung nicht zugelassen habe, die Kosten vorzusehen. Dazu stellen sich mir Fragezeichen: Wenn so viele Spezialisten im Boot sind, die – hoffentlich – schon mehr als einen Kreisel geplant haben, die Kosten aber nicht besser voraussagen können, ist das in meinen Augen fraglich. Es wäre für die Planungssicherheit gut, wenn dem Parlament die Kosten bei Siedlungsentwicklungen benannt werden können und es ohne Wenn und Aber dazu ja sagen kann.

Die SVP-Fraktion erhofft sich, dass man an die Planung der zweiten Etappe geht, die noch höhere Kosten generieren wird als der nun zu realisierende Kreisel und die Kosten im IAFP entsprechend eingestellt werden können. Damit muss das Parlament keinen Schock erleben, wenn der Kredit beantragt wird.

Zur beantragten Rückweisung: Dieser Antrag steht für uns nicht zur Diskussion. Für die SVP-Fraktion ist klar, dass nun vorwärts gegangen werden muss, denn es handelt sich um einen zentralen Punkt der Erschliessung im Ried. Wenn der grosse Baustellenverkehr betreffend Aushub und Erdarbeiten Realität ist, sollen die Verkehrswege dafür bereit sein.

Bei einem allfälligen Änderungsantrag wäre aus unserer Sicht zu beachten, dass allfälligen Kostenfolgen, welche durch den höheren Platzbedarf für die Velofahrenden ausgelöst werden, kein Blankokredit ausgestellt werden können. Die Kosten müssen im Rahmen des heute beantragten Kredits sein.

Die SVP-Fraktion wird dem Kredit gemäss Antrag des Gemeinderats zustimmen.

Heinz Nacht (SVP): Ich befahre diese Strecke als Mountainbike Fahrender sehr oft. Nach einer langen, ermüdenden Tour muss ich mich diesen Hang regelrecht hinaufkämpfen. Der Guido eines Mountainbikes ist 74 cm breit, somit würde nicht mehr viel Platz übrigbleiben, wenn zeitgleich ein Lastwagen kurz vor dem Kreisel verkehrt. Das Tempo als Mountainbike Fahrender, der nach einer langen Tour schon müde ist, wird an dieser Stelle nicht mehr allzu hoch sein und dies über eine relativ lange Strecke ohne aufgemalten Velostreifen. Was passiert, können Sie sich gut vorstellen. Für die Velofahrenden bedeutet das hier vorliegende geplante Projekt eine massive Verschlechterung. Hier stimme ich Hansueli Pestalozzi voll und ganz zu, dass etwas für die Velofahrenden geschehen muss. Köniz ist Velogemeinde und die vorliegende Lösung ist – auch im Hinblick darauf, dass eine Schul- und Sportanlage realisiert werden soll – in meinen Augen sehr schlecht. Ich hoffe, dass ein guter Kompromiss gefunden wird,

Hansueli Pestalozzi (Grüne): Ich danke Heinz Nacht für sein Votum, denn selten sind wir gleicher Meinung wie gerade jetzt. Nachdem ich nun Ihren Voten zugehört habe, bin ich zum Schluss gekommen, meinen Antrag auf Rückweisung zurückzuziehen. Wie Gemeinderätin Katrin Sedlmayer vorhin erklärt hat, ist man durchaus bereit, die Aufmalung des Velostreifens zu verlängern und die Mittelinsel zu verschmälern. Nach Abklärungen mit Ruedi Käser mache ich Ihnen beliebt, folgendem Änderungsantrag zuzustimmen: „Die Veloführung und die Velosicherheit ist gegenüber der Vorlage innerhalb der Kreditsumme zu verbessern.“ Ruedi Käser hat mir zugesichert, dass die Situation mit Markierungen tatsächlich innerhalb des Kreditrahmens verbessert werden kann.

Die Gemeinde Köniz hat einen Velobeauftragten des Kantons und deshalb bin ich erstaunt über das uns vorliegende Geschäft. Ich erkläre mich erstaunt über das Votum von Christoph Salzmann, denn ich spreche hier nicht als Hobby-Verkehringenieur, sondern schlicht und einfach als Betroffener.

Hansueli Pestalozzi zieht den Rückweisungsantrag zurück.

Gemeinderätin Katrin Sedlmayer (SP): Ich danke für die zum Teil kritischen, aber auch humorvollen Voten. Es war spannend zuhören zu dürfen.

Zu den Anliegen von Hansueli Pestalozzi und anderen. Zuerst zum Kreisel, der einigen zu gross und zu teuer ist: Es handelt sich um einen Normkreisel, d. h. 28 Meter im Durchmesser, wie ihn z. B. auch der Bläuackerkreisel aufweist. Der Kreisel fällt im Durchmesser deshalb so gross aus, damit die Autos wirklich einen Bogen fahren müssen und damit das Tempo gesenkt wird. Fällt ein Kreisel schmaler im Durchmesser aus, besteht die Gefahr des so genannten Durchschusses, d. h. der Kreisel kann schneller durchfahren werden. Es handelt sich somit um eine Sicherheitsmassnahme. Die Frage wurde gestellt, weshalb 40 Meter vor und nach dem Kreisel keine Velostreifen aufgemalt sind. Auch ich bin Velofahrerin und kann deshalb mitreden. Zwar kenne ich die Breite meines Guidos nicht, kann aber Folgendes festhalten: Befährt man mit dem Velo einen Kreisel, ist ein gewisser Moment notwendig, damit man im Kreisel in die Mitte fahren kann. Den Schulkindern wird beigebracht, bereits vor dem Kreisel in die Mitte der Strasse zu wechseln, damit man nicht von Autos überholt werden kann. Deshalb ist vorgesehen, 40 Meter vor und nach dem Kreisel keine Velostreifen aufzumalen. Das Projekt ist von der kantonalen Fachstelle für Veloverkehr geprüft worden. Es wurde öffentlich aufgelegt und es ging keine Einsprache ein, auch nicht von „Pro Velo“. Deshalb gehen wir davon aus, dass das vorliegende Projekt stimmig ist. Wichtig ist festzuhalten, dass es sich beim geplanten Kreisel um ein Eingangstor handelt. Es soll erreicht werden, dass in diesem Bereich Tempo 50 km/h gelten soll. Wir haben bereits einmal beim Kanton beantragt, in diesem Bereich Tempo 50 km/h einzuführen. Das wurde jedoch nicht bewilligt, da es sich gemäss Kanton um nichtstädtischen Raum handle. Mit dem Kreisel besteht nun eine viel grössere Chance dafür. Im Quartier selber ist höchstens Tempo 30 km/h erlaubt.

Zu den Kosten: Hier wurde moniert, dass im IVP nicht genügend Mittel eingestellt sind. Die Erarbeitung eines Vorprojekts löst bereits Kosten aus. Wir verfügten lediglich über die Schätzung der Kosten durch einen Ingenieur und dieser lag rund 100'000 Franken unter den nun aufgeführten Kosten. Die detaillierten Kosten konnten erst aufgrund des Vorprojekts genauer beziffert werden und auch hier besteht ein Spielraum vom ± 10 Prozent.

Zum Änderungsantrag, markierungstechnisch die Sicherheit für Velofahrende zu verbessern: Die geforderten Verbesserungen sind innerhalb des Kreditrahmens möglich. Ich sehe jedoch keinen Handlungsbedarf, die Sicherheit markierungstechnisch verbessern zu müssen. Ich bin mir auch nicht im Klaren, ob die Verkürzung der 40 Meter ohne Velostreifen richtig ist. Es handelt sich um einen Normkreisel und die Abmessungen sind durch Fachleute ausgearbeitet worden. Ich bin der Meinung, dass das vorliegende Projekt gut ist und die Verkehrssicherheit für alle Beteiligten erhöht.

Ich bitte Sie, dem Projekt gemäss Antrag des Gemeinderats zuzustimmen.

Parlamentspräsident Markus Willi: Zuerst stimmen wir über den Änderungsantrag von Hansueli Pestalozzi ab. Der Rückweisungsantrag ist zurückgezogen worden. Wird der Änderungsantrag von Hansueli Pestalozzi angenommen, erfolgt die Schlussabstimmung über den Antrag des Gemeinderats mit der Änderung.

Beschluss

Der Antrag von Hansueli Pestalozzi wird angenommen.

Abstimmungsergebnis: 26 Stimmen für Annahme, 8 Stimmen dagegen.

Beschluss

1. Für die Realisierung des Kreisverkehrs Komturenstrasse beim Weiler Ried, Niederwangen, wird ein Kredit von CHF 655'000.00 (inkl. MwSt. zuzüglich allfälliger Teuerung) zu Lasten Konto 2420.5010.0678 Niederwangen, Landorfstrasse Ried, Kreisel Komturenstrasse bewilligt.

2. Die Veloführung und Sicherheit ist gegenüber der Vorlage innerhalb des beantragten Kredits zu verbessern.

Abstimmungsergebnis: Einstimmig.

5. Synthese des Energiekonzepts Köniz 2025

Kenntnisnahme; Direktion Umwelt und Betriebe

Parlamentspräsident Markus Willi: Die Unterlagen, der Bericht und Antrag des Gemeinderats, sind Ihnen mit den Sitzungsakten zugestellt worden. Das Vorgehen: Zuerst spricht der GPK-Referent, danach folgen die Fraktions- und Einzelvoten aus dem Parlament und zum Schluss folgt die Abstimmung.

GPK-Referent Ruedi Lüthi (SP): Aufgrund der Motion 1219 „Stromgelder zur erfolgreichen Umsetzung der Energiestrategie 2010 – 2035 der Gemeinde Köniz“ wurde ein Energiekonzept erstellt.

Ich halte fest, dass ich hier als GPK-Referent votiere und nicht als Motionär.

Am 7. März 2015 besuchte ich die Direktion Umwelt und Betrieb und wurde dort von Gemeinderätin Rita Haudenschild, vom Abteilungsleiter Umwelt und Landschaft, Daniel Gilgen, sowie vom Leiter der Fachstelle Energie, Hanspeter Schmutz, empfangen. Meine Fragen sind ehrlich und offen beantwortet worden. In der GPK haben wir jedoch mit Erstaunen festgestellt, dass dem Parlament nicht das Energiekonzept vorgelegt worden ist, sondern lediglich eine Synthese des Energiekonzepts. Der Gemeinderat hat entschieden, dem Parlament die finanziellen Folgen für die Zielerreichung nicht aufzeigen zu wollen. Er hat ausserdem entschieden, das Energiekonzept dem Parlament nicht vorzulegen. Nachträglich wurde den GPK-Mitgliedern das Energiekonzept 2025 noch zugestellt. Das Energiekonzept – das sei hier festgehalten – ist sehr professionell erstellt. Es beinhaltet Situationsanalysen, definierte Ziele, Referenzzielentwicklung, Ziellücken, Massnahmenkataloge, Massnahmenbewertung mit Kosten, Nutzen und Wirkung und auch eine 10-seitige Synthese. Das Energiekonzept zeigt jedoch auf, dass sämtliche Ziele des Energiekonzepts wie auch jene der Energiestrategie nicht erreicht werden können. Auch nicht mit den definierten Massnahmen, die übrigens von Fachexperten definiert und vom Gemeinderat lediglich zur Kenntnis genommen worden sind.

Die Ziele müssten nun angepasst oder die Massnahmen geändert werden. Bis die Ziele des Energiekonzepts gemessen werden, dauert es noch 10 Jahre. Die Zielerfüllung für die Energiestrategie dauert nochmals 10 Jahre länger. Dem Bericht kann lediglich entnommen werden, dass die Ziele nicht erreicht werden können. Die enthaltenen Massnahmen sind von Experten vorgeschlagen worden und der Gemeinderat hat davon nur Kenntnis genommen.

Die GPK fragte sich, was eigentlich zur Kenntnis genommen werden soll. Davon, dass die Energieziele nicht erreicht werden? Dass der Gemeinderat noch keine Massnahmen beschlossen hat? Dass der Gemeinderat das Konzept dem Parlament nicht vorlegen will, aus welchen Gründen auch immer? Dass der nächste Gemeinderat dann die schlechten Botschaften überbringen muss, dass die Ziele nicht erreicht werden? Wir hatten die Möglichkeit Fragen zu stellen, die da beispielsweise waren: Wie gedenkt man heute, die Ziele zu erreichen? Wo ist man auf Kurs und wo nicht? Als Beispiel: Es ist ersichtlich, dass die Stromproduktion der Gemeinde Köniz nicht auf Kurs ist. Im Energiekonzept ist jedoch enthalten, dass die lokale Stromproduktion eine gute Lösung ist.

Das Parlament bewilligte zwar den grössten Teil der Anträge des Gemeinderats, wofür jedoch keine weiteren finanziellen Mittel für die Umsetzung weiterer Massnahmen vorhanden sind. Die Vorbildfunktion der Gemeinde kann so nicht gelebt werden. Der Solarpotenzialkataster zeigt auf, dass 40 Prozent der benötigten Energie selber produziert werden könnte und dass 20 Prozent relativ schnell wirtschaftlich nutzbar sind. Der Fokus der Energiefachstelle liegt zurzeit beim Wärmebereich. Das Coaching, aber auch die Information sind in diesem Bereich verstärkt worden. Das sind jene Ziele, bei welchen der quantifizierbare Nutzen nicht genau festgehalten werden kann. Es handelt sich hier um Schätzungen.

Der Gemeinderat hat auch keine Massnahmen festgelegt und deshalb kam die GPK zu folgendem Beschluss: Wir empfehlen dem Parlament einstimmig, das Geschäft an den Gemeinderat zurückzuweisen. Der Gemeinderat soll bis Juni 2016 das vorhandene Energiekonzept dem Parlament zur Kenntnisnahme vorlegen. Die im Energiekonzept enthaltenen Massnahmen sollen priorisiert werden, damit ersichtlich ist, wovon das Parlament Kenntnis nimmt.

Parlamentspräsident Markus Willi hält fest, dass die GPK dem Parlament empfiehlt, das Geschäft zurückzuweisen, verbunden mit dem Auftrag, dem Parlament bis Ende Juni 2016 das Energiekonzept zur Kenntnisnahme vorzulegen und im Energiekonzept die aufgeführten Massnahmen zu priorisieren.

Parlamentspräsident Markus Willi hält fest, dass das Eintreten unbestritten ist.

Fraktionssprecher Toni Eder (Mitte): Die Mitte-Fraktion stimmt dem Antrag der GPK auf Rückweisung zu. Es gibt die Geschichte vom „Hätti“ und vom „Wetti“. Diese ist im Papier des Gemeinderats gut erzählt, denn überall ist enthalten, was vorgesehen werden könnte, sollte oder würde. Das muss jedoch konkreter aufgeführt sein. Es sollte enthalten sein, wann wer was zu welchem Preis macht. Oder weshalb das eine getan und das andere nicht getan wird. Auch könnte ein Punkt enthalten sein, der beschreibt was man tut, wenn sich die äusseren Rahmenbedingungen ändern. Es kommt mir so vor, wie wenn wir auf der Insel der Glückseligen sind, sich im Umfeld jedoch sehr viel ändert und das gilt es zu beachten. Die Ziele werden sich verschieben.

Der Antrag auf Rückweisung gibt die Möglichkeit, dies nachzuholen.

Fraktionssprecher Mathias Rickli (Grüne): Die Fraktion der Grünen wird dem Antrag der GPK auf Rückweisung des Geschäfts zustimmen.

Unsere Fraktionschefin forderte das Energiekonzept mit Berufung auf das Öffentlichkeitsprinzip bei der Verwaltung an und erhielt es auch. Das Energiekonzept ist gut erarbeitet und die Diskussion, welche aufgrund dessen geführt werden kann, ist für die Fraktion der Grünen sehr wichtig. Welches Signal soll dieses Vorgehen – die Nichtveröffentlichung des Energiekonzepts – aussenden? Wir verstehen es nicht.

Die fraktionsinterne Lektüre ergab, dass das Dokument wirklich wichtige Informationen enthält. Ich verweise auf die in Kapitel 5.4 aufgeführte Detailanalyse der Massnahmen. Dort werden Kosten, Aufwand und Fristen einander gegenübergestellt. Wir sind der Meinung, dass es für die Parlamentsmitglieder richtig und wichtig ist, vom Energiekonzept Kenntnis zu nehmen, um die Debatte über die zusätzlichen Informationen führen zu können. Wie der GPK-Referent bereits angeführt hat, sind die Kosten im Energiekonzept, im Gegensatz zur vorliegenden Synthese, enthalten. Hochbrisant und wichtig sind ebenfalls die Überprüfung und die Evaluationen der Massnahmen, die Priorisierung und die Steuerung im Sinne eines Controllings.

Wir möchten hier als Parlamentsmitglieder an der Konzeptarbeit teilnehmen können, die der Gemeinderat – auch im Rahmen seiner Legislaturziele und seiner Langzeitplanung – führt.

Aus Sicht der Fraktion der Grünen fehlt in der Synthese die Klarheit darüber, wie der Gemeinderat in dieser Situation führen will und wie er aufgrund des Konzepts steuern will. Diese Informationen sind im Konzept aufgearbeitet. Es ist beispielsweise zu lesen, dass auf Gemeindestrassen konsequent Velostreifen markiert werden könnten und die entsprechenden Kosten sind ebenfalls aufgeführt. Diese Informationen sind für uns wichtig und darüber möchten wir diskutieren können.

In dem Sinn folgen wir der GPK in dem Punkt, dass wir die Priorisierung, welche der Gemeinderat als Führungsorgan vornehmen will, sehen wollen und folgen deshalb dem Antrag der GPK auf Rückweisung.

Fraktionssprecherin Erica Kobel-Itten (FDP): Die FDP-Fraktion dankt der Direktion Umwelt und Betriebe herzlich dafür, dass aufgezeigt worden ist, dass deren Finanzen offensichtlich noch völlig gesund sind. Die Vorsteherin, Gemeinderätin Rita Haudenschild, spricht zwar selber von einer ausgepressten Zitrone, wenn es um das Sparen geht; das scheint jedoch glücklicherweise nicht ganz den Tatsachen zu entsprechen. Mit der vorliegenden Synthese des Energiekonzepts stellt sich alles in einem völlig neuen Licht dar. Hier können noch Stellen geschaffen oder Aufgabengebiete erweitert werden. Oder die Mitarbeitenden dieser Direktion haben noch Kapazitäten frei und suchen nach neuen Tätigkeitsfeldern, um nicht bei der Aufgabenüberprüfung doch noch in die Verantwortung gezogen zu werden. Festgehalten ist eine neue Gebäudesanierungsstrategie, von einem zusätzlichen Energiecoaching ist die Rede, von der Verantwortung für ein neues Infoschreiben und von einer Marketingkampagne, von einem Gemeinde-Energiekontrolleur oder von einem Beratungsangebot für Firmen, beispielsweise zur Förderung von Home-Office, oder von der Installation eines adäquaten Parkleitsystems. Ob so viel Aktivismus bleibt einem fast der Atem weg. Aktivismus notabene in Bereichen, wo die Gemeinde zum Teil Konzepte erarbeiten will, die durchaus bereits in anderen Gemeinden vorhanden sind. Das Rad muss nicht immer neu erfunden werden, man kann sich an bereits Vorhandenem anlehnen. Man sieht auch vor Stellen zu schaffen, wo eigentlich keine geschaffen werden sollen, weil man sich dabei Arbeiten in seinen Rucksack stecken will, die schlicht nicht in dieses Aufgabengebiet gehören, sondern die durchaus der Privatwirtschaft überlassen werden können. Ich kann Ihnen jedoch verraten, dass auch heutzutage schon sehr viele Unternehmer, ohne die aufopfernde Hilfe der Gemeinde Wege und Mittel gefunden haben, ihre Unternehmungen auf den neuesten ökologischen Stand zu bringen oder ihre Mitarbeitenden zum verantwortungsvollen Umgang mit der Umwelt führen können. Zudem gibt es genügend Unternehmungen, die gerade in der Beratungspraxis sehr gute Arbeit leisten. Hier darf eine Gemeinde nicht als Konkurrentin auftreten. Die Gemeinde Köniz soll sich dort einsetzen, wo ihr konkretes Aufgabengebiet ist und selbst dort kann sie nur beschränkt handeln. Das Problem ist, dass sie dort – z. B. im Bereich Wärmeverbund – auch nicht durchgreifen kann, wenn es darum geht, wie im Buchseequartier geschehen, einen Wärmeverbund einzuführen, ein Privater jedoch nicht will.

Uns liegt hier eine Liste von Wunschvorstellungen vor, die den Kompetenzbereich der Gemeinde zum Teil überschreiten und vor allem überhaupt nicht auf die finanziellen Aspekte Rücksicht nehmen. Dabei handelt es sich lediglich um eine Zusammenfassung. Was wird uns mit dem ganzen Konzept erwarten?

Von der Vorlage kann das Parlament lediglich Kenntnis nehmen. Wir wissen aber nicht, ob wir hier eine Katze im Sack kaufen, die bequem auf einem riesigen Polster von Konjunktiven der grössten Art liegt. Man könnte, würde, täte... Wenn wir könnten, würde die FDP-Fraktion das Konzept zurückweisen verbunden mit der Auflage, die rosarote Brille abzulegen und sich auf das Wesentliche zu konzentrieren. Ich weiss nicht, ob ein Bericht der zur Kenntnisnahme vorliegt, wirklich zurückgewiesen werden kann. Wenn ja, stimmen wir der Rückweisung zu. Wenn nicht, nehmen wir ablehnend Kenntnis davon und warten die weitere Entwicklung ab, die wir mit Argusaugen betrachten.

Parlamentspräsident Markus Willi hält fest, dass Rückweisung möglich ist.

Fraktionssprecher Thomas Frey (BDP): Die BDP, die bürgerlich-liberale-Mitte-Partei von Köniz, stimmt dem Antrag der GPK auf Rückweisung vollumfänglich zu. All meine Vorredner und –rednerinnen haben alle Argumente, die auf meiner Liste aufgeführt sind, bereits angebracht. Ich verzichte deshalb darauf, weitere Worte zu verlieren.

Fraktionssprecher Werner Thut (SP): Auch die SP-Fraktion wird dem Antrag der GPK auf Rückweisung zustimmen. Wir fordern den Gemeinderat auf, dringend konkreter zu werden. Wir sprechen hier alle über das Energiekonzept und nicht über die eigentlich traktandierende Synthese. Das zeigt auf, dass wir uns in der Malaise befinden, über was wir eigentlich sprechen. Das konkrete Dokument haben wir nicht zu Händen – sollten jedoch darüber beraten –, wir sprechen hier über etwas, das wirklich alle bereits geschilderten Mängel beinhaltet. Die humoristisch ironische Intervention von Erica Kobel-Itten zeigt deutlich auf, dass hier eine Erklärung notwendig ist, über was wir hier eigentlich sprechen. In diesem Sinn drängen wir sehr darauf, dass der Gemeinderat die Vorlage des Energiekonzepts bis im Juni 2016 priorisiert. Vielleicht kommt die SP-Fraktion dann zu anderen Schlussfolgerungen als die FDP-Fraktion. Insgesamt ist aber klar, dass wir wissen müssen, was wie viel kostet. Nur so kann realistische Politik betrieben werden. Ohne klare Grundlagen und Zahlen kann nicht vernünftig diskutiert werden, und dafür ist höchste Zeit. Seit drei Jahren warten wir auf das Energiekonzept und das Parlament hat mehrfach festgehalten, eine konkrete Diskussion zu führen. Wir sind der Meinung, dass der Gemeinderat nicht allzu sehr darauf erpicht ist, konkrete Zahlen abzugeben. In dem Sinn wären wir froh, die konkrete Diskussion in den nächsten Monaten an die Hand nehmen zu können.

Fraktionssprecher Heinz Nacht (SVP): Die SVP-Fraktion hatte ursprünglich beschlossen, von der Synthese ablehnend Kenntnis zu nehmen. Wir werden jedoch dem Antrag der GPK auf Rückweisung zustimmen.

Ich zeige auf, was zurzeit „draussen“ abgeht, will man ein Haus bauen: Die SVP-Fraktion ist für Einsparungen, wir helfen stets mit. Der unheimliche Papierkrieg, der für den Bau eines Hauses notwendig ist, beängstigt uns jedoch immer stärker. Für den Bau eines Hauses muss ein Baugesuch gestellt werden, das ein Energiekonzept beinhaltet. Dann muss abgewartet werden, ob dem Gesuch zugestimmt, d. h. ob in etwa das realisiert werden kann, was man gerne hätte. Will man Fördergelder beanspruchen, muss ein GEAK beantragt werden. Das war bis vor vier Jahren ein so genannt kleiner GEAK, für welchen ca. 400 Franken bezahlt werden mussten. Mittlerweile muss dafür ein 90-seitiger GEAK ausgefüllt werden. Mit etwas Glück wird dem GEAK entsprochen. Hat man Pech und beginnt mit dem Bau zwei Tage zu früh – wie mir passiert – erhält man unter Umständen keine Förderbeiträge. Das sind Fehler, die einem Amateur passieren können. Für den Erhalt von Fördergeldern müssen ca. 2 Tage für das Ausfüllen von Dossiers investiert werden. Für das Gebäudeprogramm ist ein ca. bis zu 200-seitiges Dossier notwendig und genau dasselbe für die Realisierung einer Solaranlage auf dem Dach und zum dritten Mal, wenn man Fördergelder des Kantons beanspruchen will. Schlussendlich erhält man vom Kanton die Antwort: Beansprucht man Fördergelder des Kantons für das gesamte Bauprogramm, werden für die Solaranlage keine Gelder ausbezahlt. Bei der Gesamtanierung eines Hauses werden für Solaranlagen keine Gelder mehr ausbezahlt. Das ganze Spiel geht weiter: Hat man Glück, darf man mit der Realisierung des Hauses beginnen. Ist der Bau beendet und versucht man, die Fördergelder effektiv zu erhalten, müssen nochmals zwei Tage für die Zusammenstellung von jenem Dokument investiert werden. Alles muss feinsäuberlich zusammengestellt sein. Hat man Glück, erhält man die bewilligten Gelder, dafür nehmen sich Kanton und Bund jedoch zwei bis drei Monate Zeit.

Ich will damit festhalten, dass der Formulkrieg dringend vereinfacht werden muss. Ich gebe ein sportliches Beispiel: Der SCB erreichte in der Vorrunde nach mehr als 40 Runden knapp die Play-offs und besiegte dort in den Viertelfinals den Vorrundensieger dank effizientem Spiel klar und deutlich. Für den Erhalt von Fördergeldern sollten keine Riesendokumente erarbeitet werden, die niemandem etwas bringen, sondern dafür sollten einfache Massnahmen möglich sein. Eine kleine einfache Massnahme ist, dass die Bevölkerung z. B. dafür sensibilisiert werden soll, die Fenster zu schliessen, denn jedes während der Nacht offene Fenster verbraucht pro Stunde 1 Liter Öl. Mit solchen kleinen, einfachen Massnahmen könnte ohne grossen Papierkrieg massiv Energie gespart werden.

Gemeinderätin Rita Haudenschild (Grüne): Ich danke zuerst unserem neuen GPK-Vertreter Ruedi Lüthi für seine intensive Auseinandersetzung mit der Materie. Er hat sich auch intensiv mit der so genannten „Lücken-Diskussion“ auseinandergesetzt, was nicht immer einfach war. Das konnte auch den abgegebenen Voten entnommen werden.

Weshalb die Zusammenfassung des Energiekonzepts, wie Sie Ihnen vorliegt? Die Motion 1219 „Stromgelder zur erfolgreichen Umsetzung der Energiestrategie 2010 – 2035 der Gemeinde Köniz“ wurde vom Parlament 2013 erheblich erklärt. Mit dieser Motion wurde der DUB viel Geld zur Verfügung gestellt, mehr als bisher im Budget der Energiefachstelle eingestellt worden war. Die Motion beinhaltet, dass ein Viertel der Gelder, die wir von den BKW erhalten, für Effizienzmassnahmen im Energiebereich und erneuerbare Energien bereitgestellt werden sollen.

Die DUB prüfte dementsprechend, wo die Gelder am effektivsten und effizientesten eingesetzt werden können. Bis dahin verfügte die Gemeinde Köniz über eine kommunale Energiestrategie 2010 – 2035, vom Parlament 2009 zur Kenntnis genommen. Diese lehnt sich an die kantonale Energiestrategie an und diese wiederum auf jene des Bundes. Es wurde ein langfristiger Energieplan erarbeitet, aufgrund dessen ersichtlich ist, wo welcher Energieträger sinnvoll zu nutzen wäre und auch, wo genügend Wärme vorhanden ist, um beispielsweise einen Wärmeverbund ökonomisch zu betreiben. Ausserdem ist eine Energieplanung vorhanden – unsere Energiestadtplanung, das vierjährige Energiestadtprogramm und die einjährige Umsetzung. Dazwischen war bis anhin nichts vorhanden und nun bestehen das Energiekonzept und die Ihnen vorliegende Synthese. Das Energiekonzept soll aufzeigen, ob wir auf Zielkurs sind und wie wir auf Zielkurs gelangen können; wie und wo wir den Franken am besten, effizientesten und effektivsten einsetzen. Es sind Massnahmen vorgeschlagen, die dann im vierjährigen Massnahmenprogramm definiert und im Budget auf die einjährige Umsetzung hinuntergebrochen werden. Das Budget wird dem Parlament zur Genehmigung vorgelegt. So läuft die ganze Geschichte. Damit werden eine dynamische Abwicklung und eine jeweilige Anpassung ans Umfeld zugelassen.

Wie kann überprüft werden, ob wir uns auf Zielkurs befinden? Alle vier Jahre findet ein Reaudit des Energiestadtprogramms statt, das uns aufzeigt wo wir stehen, was vorzunehmen ist, um auf Kurs zu bleiben. Alle fünf Jahre wird eine so genannte Klimagasbilanz über die Gemeinde Köniz vorgenommen, anhand derer ersichtlich ist, wie viel Treibstoff, Brennstoff und Strom in der Gemeinde Köniz verbraucht wird. Das sind unsere Messlatten, an welchen wir uns alle vier und alle fünf Jahre messen. Im jährlich erscheinenden Verwaltungsbericht sind die Massnahmen aufgeführt.

Zu den Voten: Das Energiekonzept und der Massnahmenplan lassen mit der Breite an Massnahmen und den Bewertungen zu, anzupassen und dynamisch auf ein sich änderndes Umfeld zu reagieren. Zu Erica Kobel-Itten: Ich gebe ihr in einigem Recht, das sie ausgeführt hat. Leider können wir auf kommunaler Ebene oft nur mit Anreizen und Anregungen arbeiten und hie und da geht einiges nicht so auf wie gewünscht. Erica Kobel-Itten hat den Wärmeverbund Buchsee genannt, wo umfangreiche Abklärungen vorgenommen worden sind. An diesem Wärmeverbund wären viele interessiert gewesen, man ist dort jedoch abhängig von einzelnen Grossbezügern, weil sonst nicht ökonomisch gearbeitet werden kann. In den letzten Tagen hat die Fachstelle Energie viele Telefonate von Enttäuschten erhalten. Wir prüfen, ob nicht doch noch etwas erarbeitet werden kann, können jedoch nur mit Anreizen und Anregungen arbeiten. Auch im Bereich der Könizer Unternehmen sind wir genau auf dieser Schiene.

Zum Energiekonzept: Bis anhin gibt es keine Gemeinde, die mit einer grossen Tiefe und Klarheit aufführen kann, wo der Franken gut eingesetzt werden kann. Wir konnten uns deshalb nicht andernorts schlau machen, sondern wir haben dies selber vorgenommen.

Ich danke für die abgegebenen Voten und nehme den Antrag der GPK auf Rückweisung zur Kenntnis. Wir nehmen den damit verbundenen Auftrag zur Kenntnis und werden – sofern Sie der Rückweisung zustimmen – Ihnen im Juni das Energiekonzept und die Priorisierung der Massnahmen vorlegen.

Parlamentspräsident Markus Willi: Wir stimmen zuerst über den Rückweisungsantrag der GPK ab. Wird dieser abgelehnt, erfolgt anschliessend die Abstimmung über die Kenntnisnahme der Synthese zum Energiekonzept.

Der Rückweisungsantrag der GPK lautet: „Das Geschäft ist mit folgendem Auftrag zurückzuweisen: Dem Parlament ist bis Ende Juni 2016 das Energiekonzept zur Kenntnisnahme vorzulegen. Die im Energiekonzept aufgeführten Massnahmen sind zu priorisieren.“

Beschluss

Dem Rückweisungsantrag der GPK wird zugestimmt.

Abstimmungsergebnis: Einstimmig.

6. 1219 Motion (SP Köniz) "Stromgelder zur erfolgreichen Umsetzung der Energiestrategie 2010 - 2035 der Gemeinde Köniz"

Abschreibung; Direktion Umwelt und Betriebe

Ruedi Lüthi (SP): Ich könnte hier mein Votum vom Mai 2015 wiederholen. Der Antrag ist erstellt worden und man hat Massnahmen aufgezeigt erhalten.

Der Vorstoss verlangte das Aufzeigen von Massnahmen, die mit dem Viertel aus den Stromgeldern der BKW finanziert werden können. Uns liegt ein Bericht vor, der enthält, dass die Gelder für Coaching und für Beratungen für die Wärmeverbunde eingesetzt werden. Ob dies die richtigen Massnahmen sind, kann nicht gesagt werden, weil das Konzept nicht eingesehen werden kann. Vielleicht muss Folgendes berücksichtigt werden: Erica Kobel-Itten hat vorhin geäussert, das alles vielleicht zu sehr mit der rosaroten Brille betrachtet wird. So gut steht die Gemeinde Köniz nicht da. Die Gemeinde Köniz hat schweizweit einen überdurchschnittlich hohen Wärmebedarf – trotz wenig vorhandener Industrie – wie auch einen überdurchschnittlich hohen Strombedarf. Auf der anderen Seite produziert die Gemeinde Köniz wenig erneuerbare Energie; Grund dafür ist sicher, dass die Gemeinde Köniz über keinen Energieerzeuger verfügt. Aber auch dort wo dies möglich wäre – z. B. beim Solarstrom – ist relativ wenig vorhanden. Handlungsbedarf ist wirklich vorhanden. Anlässlich der letzten Diskussion dazu wurden viele Vorschläge eingebracht, z. B. Contractings in Bezug auf die Vermietung von Dächern. Die Gemeinde muss nicht selber produzieren, könnte dies jedoch koordinieren. Auch bei Wärmepumpen sind Contracting-Möglichkeiten, z. B. mit einem Stromerzeuger vorhanden. Auch hier könnte die Gemeinde mit Koordination helfen.

Handlungsbedarf ist vorhanden und deshalb bin ich der Meinung, dass der Zeitpunkt für die Abschreibung des Vorstosses noch nicht gegeben ist. Wir wissen noch nicht, wofür die vorgeschlagenen Gelder sinnvoll genutzt werden können. Am besten würde man im Juni – wenn das Energiekonzept vorliegt und bekannt ist, wofür die Gelder eingesetzt werden – den Vorstoss abschreiben.

Ich zitiere hier Goethe: „Es ist nicht genug zu wissen, man muss auch anwenden. Es ist nicht genug zu wollen, man muss auch tun.“ Bei der Energie muss in der Gemeinde Köniz so vorgegangen werden. Die Feststellung, dass Papier allein nicht genügt, ist richtig. Die Grundlagen sind vorhanden und nun müssen Beispiele erarbeitet und Massnahmen umgesetzt werden. Dafür stehen jährlich mindestens 500'000 Franken Stromgelder zur Verfügung.

Ich bitte Sie, dem Antrag des Gemeinderats auf Abschreibung nicht zuzustimmen, sondern darüber erst im Juni 2016, wenn das Energiekonzept vorliegt, zu entscheiden.

Mathias Rickli (Grüne): Ein formeller Hinweis: Die hier vorliegende zur Abschreibung beantragte Motion hätte in das vorhergehende Traktandum eingebaut werden können. Das wäre hier hilfreich für die Verkürzung der Sitzung gewesen.

Parlamentspräsident Markus Willi: Das ist geprüft worden. Man war jedoch der Meinung, dass dies nicht möglich ist.

Beschluss

Der Antrag von Ruedi Lüthi wird angenommen.

Abstimmungsergebnis: 20 Stimmen für Verschiebung, 18 dagegen.

7. Verschiedenes

Folgende Vorstösse werden neu eingereicht:

- 1609 Dringliche Motion (BDP, Grünliberale, EVP, CVP, Grüne) „Mittelfristige Verkehrslösung auf der Strecke Bern Bahnhof – Schliern“
- 1610 Motion (SP) „Ganztageschulen in der Gemeinde Köniz“
- 1611 Motion (Grüne, FDP, SP, SVP, BDP, EVP, CVP, GLP) „Metro Nord-Süd: Verlängerung der RBS-Linie nach Köniz – Schwarzenburg“
- 1612 Motion (SP, Junge Grüne, Grüne) „Antragsrecht – Partizipationsmöglichkeit für die Bevölkerung aus allen Ortsteilen“
- 1613 Motion (SP Köniz, Lüthi/Descombes) „Für eine rasch realisierbare Süd-Nord-Achse“
- 1614 Interpellation (SVP Köniz) „Anfallende Kosten anlässlich der Tour de Suisse 2015/anfallende Kosten anlässlich Tour de France 2016“

Gemeinderätin Katrin Sedlmayer (SP): Die Motion 1525 „Rasche Aufwertung der S-Bahnstation Liebefeld“ kann erst anlässlich der Mai-Sitzung im Parlament beraten werden, da noch weitere Abklärungen getroffen werden müssen.

An einzelne Parlamentsmitglieder wurde ein Bericht über die Verbesserung der Velosicherheit auf der Schwarzenburgstrasse zugestellt. Dieser Bericht kam aufgrund zweier Workshops zustande, an welchem Vertreter aus Fachorganisationen teilgenommen haben.

Dieser Bericht wurde weder vom Gemeinderat beraten noch in der DPV konsolidiert. Leider ist dieser Bericht verschickt worden und ich bitte Sie, diesen als Entwurf zu behandeln.

Casimir von Arx (GLP): Heute Abend sind zwei Vorstösse zum Thema Verkehr eingereicht worden. Der eine mit einem mittelfristigen Planungshorizont, der andere mit einem langfristigen. Es gibt im Moment auch noch ein drittes Verkehrsthema mit einem kurzfristigen Planungshorizont: Die Mitwirkung zur Buslinie 10. Diese Mitwirkung hat eine relativ knappe Frist, zu knapp für alle Vorstösse und deshalb greife ich zum einfachsten parlamentarischen Instrument, zum Votum, damit dies im Parlamentsprotokoll festgehalten ist.

Die Regionalkonferenz schlägt vor, auf der Buslinie 10 zu den Stosszeiten Verdichtungskurse einzusetzen. Diese sollen auf Könizer Seite bis zum Schloss Köniz verkehren und dort wenden. Der Mitte-Fraktion ist es ein Anliegen, dass der Gemeinderat sich in der Mitwirkung – falls dies möglich ist – für einen Wendepunkt der Zusatzbusse einsetzt, der näher an der Stadt liegt, namentlich im Liebefeld.

Drei kurze Gründe für den Vorschlag:

Der Bedarf, dass diese Busse wirklich ins Zentrum von Köniz oder darüber hinaus fahren sollen, ist von der Regionalkonferenz aus unserer Sicht nicht überzeugend dargelegt.

Die Überlastung auf der Strecke zwischen Liebefeld und Schloss Köniz ist zu den Stosszeiten sowieso sehr gross und es wäre nicht geschickt, wenn genau auf dieser Strecke zusätzliche Busse eingesetzt würden, die es unserer Ansicht nach nicht braucht.

Zu den Kosten: Wir befinden uns in einer Sparphase. Zurzeit wird jeder Franken zweimal umgedreht und deshalb ist es aus unserer Sicht nicht angezeigt, wenn mit Zusatzbussen mehr Stationen als notwendig angefahren werden, denn damit werden die wiederkehrenden Kosten für die Gemeinde Köniz erhöht.

Ich danke für die Kenntnisnahme.

Hansueli Pestalozzi (Grüne): Beruflich habe ich im Bundesamt für Umwelt mit der Veröffentlichung von Umweltdaten zu tun. Ich kenne die Bedenken, die mit Veröffentlichungen ausgelöst werden können. Entweder heisst es, dass sich die Bevölkerung gar nicht für diese Daten interessiert oder es wird gesagt, dass diese Daten gar nicht verstanden werden. Oder es kommen Bedenken wie: Wenn diese Daten veröffentlicht werden, werden sie falsch interpretiert und es werden falsche Schlüsse gezogen. Bisher habe ich jedoch in der Praxis noch nie negative Auswirkungen gehört, wenn Daten veröffentlicht oder wenn Behördendaten offengelegt werden. Im Gegenteil: Damit wird Transparenz geschaffen und Transparenz schafft Vertrauen, das wichtigste Kapital der Behörden. Ausserdem führt die Veröffentlichung von Daten zu einer besseren Qualität, weil mehr Personen diese Daten benützen und dadurch Fehler entdeckt werden. Probleme entstehen immer dann, wenn Daten nicht öffentlich gemacht werden, wie das Beispiel bei der Armee in Bezug auf den Duro aufzeigt, wo der Bericht nicht veröffentlicht worden ist. Damit entstehen unmittelbar Vermutungen, was Verschwörungstheorien Nahrung gibt und der Ruf der Behörde leidet.

Für die Gemeinde Köniz gilt das Öffentlichkeitsprinzip. Trotzdem habe ich den Eindruck, dass sich der Gemeinderat etwas schwer tut. Beispiel 1: Es wird ein einzigartiges Energiekonzept erarbeitet, das jedoch nicht einmal den Parlamentsmitgliedern abgegeben wird. Das Energiekonzept wurde mit Steuergeldern finanziert. Es können nur Vermutungen angestellt werden, weshalb das Energiekonzept nicht veröffentlicht worden ist. Beispiel 2: Die Gemeinde Köniz lässt bei der Firma Metron eine Studie zur Verbesserung des Langsamverkehrs auf der Schwarzenburg- und Könizstrasse erstellen. In einer anderen Funktion habe ich an den beiden Workshops teilgenommen. Etwas später erhielt ich den Bericht ohne jeglichen Hinweis darauf, dass es sich um einen vertraulichen Bericht handelt oder dass eine Sperrfrist vorhanden ist oder dass der Gemeinderat diesen Bericht noch nicht gesehen hat. Es gab ein Treffen von Parlamentsmitgliedern fast aller Parteien, an welchem die heute eingereichte Motion „Mittelfristige Verkehrslösung auf der Strecke Bern Bahnhof – Schliern“ diskutiert worden ist. Für uns Parlamentsmitglieder ist es doch wichtig zu wissen, dass bereits wertvolle Vorarbeit geleistet worden ist. Deshalb habe ich den besagten Bericht mit der mündlichen Aufforderung weitergeleitet diesen nicht weiter zu streuen, obwohl jeder gemäss dem Öffentlichkeitsprinzip den Bericht jederzeit einsehen oder erhalten könnte. Wo liegt hier das Problem? Das Problem ist nicht eine allfällige Indiskretion, sondern es liegt in der Geheimniskrämerei. Hier scheint mir, täte der Gemeinderat gut daran, transparenter, offener zu sein und auch rascher zu informieren, was zu viel weniger Problemen führen würde. Es entstünden weniger Verschwörungstheorien, es würde

Vertrauen schaffen. Ich habe noch nie gehört, dass Offenheit und Transparenz zu den befürchteten Problemen führen könnte.

Hugo Staub (SP): Ich danke für die bunte letzte Parlamentsdebatte, die ich miterlebe. Meine heutige berufliche Funktion nennt sich „Gesamtkoordinator Zukunft Bahnhof Bern“. Es handelt sich dabei um ein sehr grosses Vorhaben, in welchem der Kanton, die SBB, die BLS, die RBS, die Stadt Bern und weitere in zwei Ausbausritten planen und umsetzen wie der Bahnhof für die Zukunft bereitgemacht werden soll. Der erste Ausbausritt soll bis 2025 beendet sein. Im ersten Ausbausritt wird der Tiefbahnhof RBS realisiert, mit wesentlich erweiterten Personenanlagen, d. h. Unterführungen, Zugänge, ein neuer Zugang beim Bubenbergzentrum und Verkehrsmassnahmen, die ringsumher ergriffen werden müssen. Zu den zwei ersten Vorhaben von SBB und RBS gibt es eine spannende Ausstellung. Da der zweite reservierte Termin für die Parlamentssitzung von heute nicht beansprucht werden muss, biete ich allen, die Lust haben und interessiert sind, sich am Montag, 21. März 2016 um 17.30 Uhr beim Infopavillon im Bahnhof Bern einzufinden. Die Sitzung der Finanzkommission findet deshalb eine Stunde später statt.

Stephie Staub-Muheim (SP): Hugo Staub und ich offerieren zu unserem Abschied ein Apéro unten in der Bar des Rossstalls. Schade, haben keine Schulklassen an der heutigen Parlamentssitzung teilgenommen, denn heute wurde das Parlament wunderbar gelebt. Mich beeindruckte jedes Mal, dass wir Parlamentsmitglieder einander zuhören. Heute wurde ein Rückweisungsantrag gestellt, der zugunsten eines Änderungsantrags zurückgezogen worden ist. Das Parlament hörte zu und unterstützte den Änderungsantrag. Heute stellte sogar die GPK einen Rückweisungsantrag, der einstimmig angenommen worden ist. Das habe ich in den ganzen 14 Jahren nie erlebt. Das Parlament stimmte auch diesem Rückweisungsantrag zu. Die heutige Debatte beeindruckte mich sehr, sie war ausserdem humorvoll.

Ich danke der Protokollführerin Ruth Spahr, die all unsere Voten festhält, was sicher nicht immer einfach ist. Ich danke auch der Leiterin der Fachstelle Parlament, Verena Remund-von Känel, herzlich für ihre Arbeit. Sie ist stets zur Stelle und man erhält immer eine Antwort, auch am Wochenende oder bei Abwesenheiten. Stets kam bei Fragen eine prompte Antwort. Der letzte Dank geht an Beat Rufi vom Kulturhof Schloss Köniz, der das Aufnahmepult im Griff hat. Ihnen allen danke ich für die wirklich gute Zeit, die ich hier im Parlament verbringen durfte. Ich hoffe sehr, dass viele der Fäden die wir spannen durften, bleiben werden. (*Applaus*)

Parlamentspräsident Markus Willi: Ich gebe Ihnen einige Informationen weiter: Erstens in eigener Sache: Thomas Göttin, Präsident des Stadtrats Bern und ich, planen einen gemeinsamen Event am 27. Oktober 2016 um 18.00 Uhr im Berner Rathaus. Es findet ein informeller Austausch zwischen den beiden Parlamenten von Bern und Köniz statt zu den Bereichen Sport und Kultur, eventuell mit einem externen Input und einem anschliessenden gemeinsamen Apéro. Ziel ist die Förderung der gemeindeübergreifenden Vernetzung und das Führen einer gemeinsamen Diskussion. Wir wünschen uns, dass sich die einzelnen Fraktionen vorgängig treffen und sich austauschen. Die Einladungen werden nach den Sommerferien verschickt.

Am Montag, 6. Juni 2016 führt von 17.00 bis 19.15 Uhr die Plattform Region Bern einen weiteren öffentlichen Informationsaustausch zur Regionalpolitik im Kornhausforum in Bern durch. Das Thema lautet: Wirtschaftsstrukturen und Strategien im Grossraum Bern, besteht Handlungsbedarf? Es gibt ein Inputreferat von Frau Professor Heike Meier von der Uni Bern und weiteren Referentinnen und Referenten.

Eine Mitteilung des Parlamentsbüros: Für das Postulat 1601 „Sicherung der Kunsteisbahn Schwarzwasser für die Zukunft“ beantragte der Gemeinderat eine Verlängerung der Beantwortungsfrist, die durch das Parlamentsbüro bewilligt worden ist.

Ich entschuldige mich, dass das Parlamentsbüro die beantragte Dringlichkeit der Motion „Mittelfristige Verkehrslösung auf der Strecke Bern Bahnhof – Schliern“ bis dato nicht beantworten konnte. Das wird jetzt nachgeholt und Morgen werden die Beschlüsse ordentlich kommuniziert. Informell wird das Ergebnis am Apéro bekanntgegeben.

Im Namen des Parlaments

Markus Willi
Parlamentspräsident

Verena Remund
Leiterin Fachstelle Parlament